Historische Tatsachen Nr. 89

Dipl. Pol. Udo Walendy

Der vermutete "Röhm-Putsch"



Die "unblutigste Revolution der Geschichte", die **Adolf Hitler** zum Erstaunen der Welt legal zuwege brachte, hatte trotz Sieg und Konsolidierung der Verhältnisse einige Landsknechtkämpfer aus den eigenen Reihen nicht zufriedengestellt. Persönliche Machtgelüste und Emotionen sind eigenartige Antriebskräfte im unberechenbaren Ablauf der menschlichen Psyche.

Ernst Röhm, seit Januar 1931 Stabschef der Sturmabteilung (SA) besaß von diesen Attributen zu viel, blieb zerrissen zwischen Treuegelöbnissen gegenüber dem obersten Chef der NSDAP und eigenen verschwommenen Kampfparolen, mit denen er die Reichswehr unter seiner Führung als politische Volksmiliz in die SA integrieren und eine "zweite, eine sozialistische Revolution gegen die Reaktion" durchsetzen wollte. Hierbei blieb freilich alles unklar, was das eigentlich heißen und wie es geschehen sollte. In der politischen Realität konnte das nicht gut gehen.

Hitler hatte seinen Kurs gradlinig vorgegeben und lange gezögert, diese Auseinandersetzung zu beenden. An der Staatskrise, die mit dem 30. Juni 1934 verbunden war, haben verschiedene Kräfte mitgebastelt. Ihr blutiger Ausgang hat dem Reich schwer geschadet und dennoch die Führungsverhältnisse in Deutschland überraschend stabilisiert. Dennoch hinterließ das Handeln der Staatsführung bleibende Wunden, weil der vermutete "Röhm-Putsch" zumindest zu jenem Zeitpunkt nicht stattgefunden hatte bzw. geplant war, seine Niederschlagung viele Unschuldige das Leben gekostet hat, und es andere Möglichkeiten gegeben hätte, die Gefahrenlage zu handhaben.

Dipl. Pol. Udo Walendy

Der vermutete "Röhm-Putsch"

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung.

Meinungsäußerungen fließen allein aus dem Kern der Tatsachen, nicht aus ferneren, insbesondere politischen Absichten.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 11.1.1994 (1 BvR 434/87) hat im Indizierungsverfahren gegen das Buch von Udo Walendy "Wahrheit für Deutschland" Kriegsursachen-Analysen unter den ausdrücklichen Schutz der Meinungsfreiheit gestellt.

Adolf Hitler
im Frühsommer 1933 zu den Gauleitern:

"Wir haben unsere Revolution nicht um ihrer selbst willen gemacht, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft politische Wirklichkeit werden zu lassen. ...

Unser wirklicher Sieg werde davon abhängen, ob es uns gelinge, die dynamischen Kräfte der Bewegung diszipliniert und gezügelt in den Aufbau dieses Staates einmünden zu lassen. ...

Ich werde einer zweiten Revolutionswelle mich energisch widersetzen, denn sie würde unweigerlich ein Chaos bewirken."

Rudolf Jordan, "Erlebt und erlitten" Leoni 1971, S. 127 + 130

Prof. Dr. Hellmut Diwald

"Deutschland schleppt sich seit mehr als einem Jahrhundert-Drittel in dem würdelosesten Zustand seiner Geschichte dahin. Seit Jahr und Tag leben wir in einer Atmosphäre beständiger Irreführungen und Entstellungen, verdeckter und als demokratische Votivbilder aufgeputzter Unwahrheiten."

Die Welt, 6. März 1982

Vizekanzler Franz v. Papen
nach Kriegsende

*"Er [**Hitler**] fordert, daß der Arbeiter ein gleichangesehenes Mitglied der Gesellschaft sei und daß jede Arbeit zuallererst dem Gemeinwohl gehöre. In diesem Jahrhundert der sozialen Auseinandersetzung schreibt zum erstenmal eine auf demokratischem Wege zur Macht gelangte Parteibewegung eine andere Lösung des sozialen Problems auf ihre Fahne als Klassenhaß und Klassenkampf. ...*

*Zu diesen sozialen Parolen traten die nationalen Forderungen. Von **Hitler** stärker als von irgendeiner anderen Seite vertreten, fielen sie auf fruchtbaren Boden. 15 Jahre nach Kriegsende hatten wir weder die Beseitigung der unsere Souveränität einschränkenden Vertragsklauseln [von Versailles 1919] noch die Aufhebung der moralischen Verurteilung erreicht, die das Ehrgefühl der Nation so stark belastete."*

Franz von Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952, S. 287 - 288

INHALT

Siegfried Verbeke + **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**
Postbus 46 — **1433 Pennsylvania Ave. S.E.**
B 2600 Berchem 1 — **Washington D.C. 20003 – USA**

ISSN 0176 - 4144

Staatskrise am 30. Juni 1934

Die Ereignisse um den sogenannten "Röhm-Putsch" am 30.6.1934 haben auch in der deutschen Bevölkerung zu einem außerordentlichen Schock geführt. Zum einen war es der völlig überraschend behauptete Putsch altbewährter Repräsentanten der Partei gegen Führer und Reich in einer Zeit großer außenpolitischer Gefahren und innenpolitisch sich ständig konsolidierender Verhältnisse. Zum anderen verblüffte die Art der schnellen Niederschlagung mit mehr als 80 Erschießungsopfern im Reichsgebiet. Dem spontanen revolutionären Zugriff folgte unverzüglich die gesetzlich verfügte Rechtenserklärung aller Maßnahmen, die bis zum 2. Juli 1934 zur Niederschlagung des "**Röhm**-Putsches" durchgeführt worden waren sowie die Zustimmung des Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg**.

Die weiterwirkende Überraschung war, daß es **Hitler** trotz seines rechtsstaatswidrigen Vorgehens verstanden hatte, unverzüglich die Staatsordnung wieder herzustellen, was bedeutete, eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes für sich und seine Entscheidungen in der **Röhm**-Krise zu gewinnen. Nur 1½ Monate später war es, als in der Volksbefragung am 19. August 1934 nach dem Tode des Reichspräsidenten am 2. August 1934 = 38.362.760 Deutsche = 89,93% der wahlberechtigten Bevölkerung, -- bei 4 Millionen Gegenstimmen und einer Wahlbeteiligung von 96% -- sich für die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers aussprachen.

Dieses Ergebnis war um so erstaunlicher, als zu jenem Zeitpunkt immer noch 3 Millionen Arbeitslose um ihre Existenz bangten, mehr als 2 Millionen SA-Männer ausgeschieden worden waren, was Zweidrittel ihres Bestands bedeutete, und für die übrigen wieder Waffenverbot galt.

Eindrucksvoll an dieser Volksabstimmung ist, daß **Hitler** sie überhaupt angeregt hatte, das Ergebnis den Eindruck freier Durchführung belegte und der "Ja"-Anteil jenem vom 10. April 1932 mit damals 19.359.683 um nahezu das Doppelte und jenem vom 31.7.1932 mit 13.765.781 Stimmen für die NSDAP um fast das Dreifache übertroffen hat. Bekanntlich stellte das unter internationaler Kontrolle ermittelte Abstimmungsverhältnis der Saar-Bevölkerung vom 13.1.1935 mit 91% für Deutschland selbst die Quote vom 19. August 1934 noch in den Schatten.

Ernsthafte Zweifel an der Korrektheit des Abstimmungsverfahrens sind weder im In- noch im Ausland vorgetragen worden.

Daß das deutsche Volk -- ebenso wie das Ausland -- das Geschehen um den "**Röhm**-Putsch" so überraschend akzeptiert hat, muß seine Gründe haben. Sie dürften darin liegen, daß allerorts eine zumindest gewisse Berechtigung für das Vorgehen **Hitlers** eingesehen wurde, weil die Existenzfrage des Reiches für die Führung übergeordnete Maßstäbe setzte. So war es zu jeder Zeit in der Weltgeschichte.

Für den Historiker stellt sich ebenfalls die Frage, ob hier tatsächlich die Existenz des Reiches bedroht war oder **Hitler** zumindest durch Inhalt und Art der ihm zugeleiteten Informationen seitens der Partei, der Behörden, der Reichswehr und der Geheimdienste in Alarmstimmung und den Glauben versetzt wurde, daß die Existenz des Reiches unmittelbar gefährdet und nur durch schnellste Zäsur zu sichern sei.

Die langjährige Kampfzeit während der Weimarer Republik, die bekanntlich geprägt war von Intrigen und Rechtswidrigkeiten seitens der innenpolitischen Gegner, aber auch von Abtrünnigkeit und Verrat eigener Parteigenossen, war ein unentwegtes Ringen um die Existenz der Partei und damit die Durchsetzung nationaler Anliegen in Deutschland. Sie erforderte eine ungeheure Disziplinierung und Kameradschaft der aktiven wie auch passiven Anhänger.

Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 hatte sich der Verantwortungsbereich der ns-Führung enorm ausgeweitet. Es galt zusätzlich zu allen bisherigen innenpolitischen Widerständen nunmehr auch dem Druck des Auslandes gegen das Reich zu widerstehen. Die Initiativen in den fremden Hauptstädten wie:

die Judea-Kriegserklärung vom 24. März 1933 mit parallelgeschaltetem Weltwirtschaftsboykott,

das polnische Regierungsstreben, Frankreich für einen gemeinsamen Einmarsch in Deutschland zu gewinnen und

die Aufwertung der Sowjetunion durch die USA und den Völkerbund

belasteten offenkundig alle Entscheidungen in Berlin. Der Reichsregierung war der Krieg erklärt worden, die Versailler Knebelungsbedingungen blieben in Kraft, die Koalitionen der Großen und Kleinen "Entente" auf die seit 1919 vorgegebene Zielrichtung fixiert.

In dieser Situation mußte die Reichsregierung schon die Anbahnung einer Meuterei, zumal seitens der größten Parteiorganisation, als Gefährdung der Staatsexistenz ansehen. Bekanntlich hatte sich die SA seit Februar 1933 entgegen der Mitgliedersperre für die NSDAP personell mit vielfach unüberprüften Kandidaten außerordentlich aufgebläht -- ganze Schalmaikapellen waren "übergelaufen" -- und mit aufgestöberten kommunistischen Arsenalen unübersichtlich bewaffnet.

Jede Schwäche Deutschlands hatten seine Gegner zur Erpressung ausgenutzt. Ihre Ambitionen, die Herrschaft in und über Deutschland ganz zu übernehmen, war allzu durchsichtig geworden. Das mußte auch **Ernst Röhm** wissen, als er nicht müde wurde, gegen den ausdrücklichen Willen des Reichskanzlers und ungeachtet vielfältiger Warnungen namhafter Parteigenossen unablässig seine "zweite", die "sozialistische" Revolution zu propagieren. **Ernst Röhm** ging bei diesem Vorhaben einen gefährlichen Weg.

Röhms Werdegang 1919 - 1933

Geboren am 28.11.1887 in München als Sohn einer bayerischen Beamtenfamilie, stellte **Ernst Röhm** nach mehrfachen Verwundungen im Fronteinsatz in Frankreich ab 1919 der kommunistisch geführten bayerischen Räterepublik eine Einwohnerwehr entgegen, die er zum Schützenkorps ausweitete. Schließlich diente er als Hauptmann im Stab der 7. (bayerischen) Reichswehrdivision in München, bis er am 26.9.1923 seinen Dienst quittierte. Da er sich an dem **Hitler**-Putsch am 9. November 1923 beteiligt hatte, wurde er wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einer 15-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt und im Frühjahr 1924 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 4. Mai 1924 -- **Hitler** saß noch in Landsberg hinter Gittern -- zog **Röhm** neben **Erich Ludendorff** und 11 weiteren Nationalsozialisten (u.a. **Gottfried Feder** und **Dr. Wilhelm Frick**, dem späteren Reichsinnenminister) als Abgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei in den Reichstag ein. Diese Partei hatte seinerzeit 32 von 472 Sitzen erhalten.

Nach vorzeitiger Entlassung aus der Festungshaft am 20.12.1924 und Neugründung der NSDAP am 24.2.1925 behielt sich **Hitler** die unmittelbare Führung der SA selbst vor. Sie sollte lediglich Saalschutz- und Propaganda-Organisation sein, freilich verbunden mit Aufgaben zur politischen Schulung, Erziehung zu Disziplin und sportlicher Ertüchtigung. **Hitler** mußte den Konsequenzen des gescheiterten Putschversuches von 1923 Rechnung tragen. So ließ er im ebenfalls wieder zugelassenen ***Völkischen Beobachter*** am 25.2.1925 verkünden, daß bewaffnete Gruppen oder Verbände von der Aufnahme in die SA ausgeschlossen sind.

"Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen trägt oder im Depot aufzubewahren versucht, wird sofort aus der SA und Partei ausgeschlossen."

Schon zu diesem Zeitpunkt bekundete **Hitler** deutlich, daß er keine Wehrbewegung der Partei beabsichtige.

Damit sah sich **Röhm**, der während der Haftzeit **Hitlers** die SA betreute und zwischenzeitlich einen militanten "Frontbann" gegründet hatte, dem er die SA einzugliedern gedachte, ausgeschaltet. Als sein Reichstagsmandat ausgelaufen war, folgte er Ende 1928 dem Ruf des deutschfreundlichen Präsidenten von Bolivien, im Rang eines Oberstleutnants als Militärberater und -ausbilder, später als Inspekteur im Generalstab der bolivianischen Armee tätig zu werden.

Während der Folgejahre machten politische Machtwechsel das Leben für **Röhm** ungemütlich, während sich in Deutschland insbesondere nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 angesichts des Stimmengewinns der NSDAP von bisher 12 auf 107 Reichstagsmandate ein hoffnungsvoller Aufschwung abzeichnete. Das langjährige Bemühen **Hitlers**, nunmehr als Führer der zweitstärksten Partei, einen legalen Machtwechsel im Reich durchzusetzen, nahm realisierbare Gestalt an.

Weitere Erfolge blieben jedoch unabdingbar. Die SA hatte in dem noch bevorstehenden Entscheidungskampf enorme Aufgaben zu gewärtigen. Nach der Revolte des Obersten SA-Führers in Mitteldeutschland östlich der Elbe, **Walther Stennes**, im August 1930 und dem hiermit verbundenen Rücktritt seines übergeordneten SA-Führers für das Reich, **Franz Felix Pfeffer von Salomon**, hatte **Hitler** -- nach vorübergehender Nominierung von **Dr. Otto Wagener** -- selbst die Organisationsführung der SA übernommen. Doch er konnte diese Organisationsaufgaben auf Dauer nicht allein bewältigen. So ersuchte er seinen Duzfreund **Ernst Röhm**, nach Deutschland zurückzukehren



und als Stabschef der SA tätig zu werden.

Zu dieser Zeit war gerade die 2. Auflage von **Röhms** Buch "Die Geschichte eines Hochverräters" erschienen (Erstausgabe 1928). Dieser Rückblick auf seine Verurteilung 1924 durch die "Systemjustiz" erschien noch 1934 in 7. Auflage. Das Buch war dem deutschen Frontsoldaten gewidmet, *"der keine Kompromisse kennt"* und daher *"zuvörderst Anspruch auf die Führung des Staates hat"* (Vorwort) . -- Hier klingt bereits durch, was dem Verfasser zum Verhängnis werden sollte: seine Kompromißlosigkeit und sein Führungsanspruch.

Am 5. Januar 1931 übernahm **Röhm** seine neue Dienststelle in München. Abgesehen von seinen organisatorischen Reformen ist ihm das bereits kurzfristig erreichte Wachstum seiner Verbände als Verdienst zugerechnet worden. Der vorhandene Bestand von 77.000 Mann im Januar 1931 war schon im Jahre 1932 auf 260.438 angewachsen.

*"Diese lawinenartige Zunahme der Mitgliederzahlen der SA war allerdings nicht allein der Tüchtigkeit **Röhms** zuzuschreiben. Die Mißwirtschaft der Mitte-Links-Regierung **Brüning** und die übereifrig geschwungenen Gummiknüppel ihrer Vollzugsorgane trieben die arbeitslosen Massen Jugendlicher*

geradezu scharenweise in die Reihen der SA. Ein Jahr nach ***Röhms*** *Amtsantritt war ihr Mannschaftsbestand fast doppelt so hoch wie derjenige der Reichswehr.*

Dieses zahlenmäßige Mißverhältnis war für ***von Schleicher****, den damals wichtigsten Mann des Reichswehrministeriums und seit Mai 1932 selbst Chef dieses Ressorts ein erwünschtes Argument für seine Geheimverhandlungen mit London und Paris."* [1) S. 116]

Ein Jahr und 5 Monate älter als **Hitler**, fiel es dem eigenwilligen und nicht unproblematischen **Ernst Röhm** offensichtlich schwer, sich dem ehemaligen "Gefreiten" unterzuordnen. Von **Hitler**s gefordertem Legalitätsprinzip, also die Macht legal übernehmen und die deutschen Traditionswerte, somit auch die Eigentumsverhältnisse weitestgehend absichern zu wollen, davon hielt er nicht viel.

Bereits für das Jahr 1922 wird ein Ausspruch überliefert, den **Röhm** über die Jahre seiner Treuegelöbnisse für den Führer in seinen Hintergedanken lebendig gehalten hat: **Hitler** besitze zweifellos große Stoßkraft, die es zu nutzen gelte, doch reiche sein Weitblick nicht über Deutschlands Grenzen hinaus:

"Wir werden ihn rechtzeitig beiseitestellen." [1) S. 149 + 3) S. 59 + 4)]

Bereits 1931 -- im Jahr seiner Ernennung zum SA-Stabschef -- war **Röhm** so weit gegangen, mit seiner engsten Führerschaft, die er sich im Sinne seiner Aspirationen für die SA zusammengestellt hat, dieses "Beiseitestellen" als "Ermorden" zu definieren und -- zumindest in Ansätzen -- organisatorisch vorzubereiten.

Aus vielen Beispielen läßt sich ableiten, daß **Hitler** sehr wohl Etliches von **Röhm**s Illoyalität gewußt, jedoch angesichts der wiederholten Treuegelöbnisse und seiner großen Verdienste um die Schlagkraft der SA immer wieder gegensätzliche Erkenntnisse, Gerüchte und Mutmaßungen verdrängt und auf die Vernunft seines Duzfreundes gehofft hatte.

Geheimakten Gerlich / Bell

"Der Gedanke, ***Hitler*** *zu beseitigen, wenn er ganz seinen Maßlosigkeiten verfallen sollte, hatte* ***Röhm*** *nicht völlig ferngelegen.*

Der Ingenieur Georg ***Bell****, ein einflußreicher und in viele dunkle Affären verstrickter Nachrichtenagent aus* ***Röhms*** *engstem Kreise, wußte von solchen Plänen."* [2) S. 89]

Dr. Fritz Gerlich -- beamteter Staatsarchivrat, zeitweilig Chefredakteur der ***Münchener Neuesten Nachrichten*** und nachfolgend Herausgeber des katholischen Wochenblattes ***Illustrierter Sonntag***, schließlich des Kampfblattes ***Der gerade Weg*** mit 100.000 Auflage in München -- bekämpfte **Hitler** -- für ihn ein "*Massenwahnhetzer*", "*eine degenerierte asiatische Führerform*", "*ein Vertreter des verfaulenden 19. Jahrhunderts*" [3) S. 184, 186] -- und die NSDAP noch am Tage ihres großen Wahlsieges vom 31.7.1932, da sie zur stärksten Fraktion des Reichstages mit 230 Mandaten aufrückte, als "*Pest*".[3) S. 45 - 46, 49] **Gerlichs** letzte Ausgabe erschien am 8. März 1933. Er selbst wurde nach 14-monatiger Haft Opfer der Erschießungsaktion am 1.7.1934 im KL Dachau. Er wollte die Parteiverräter nicht preisgeben, die ihm Berichte für seine Zeitung über interne Vorgänge der NSDAP zugeleitet hatten, so auch über **Röhm**s Absichten gegen **Hitler**.

Einer seiner eifrigen Mitstreiter ab 1931 mit vielen Informationsverbindungen war der zwielichtige britische Agent namens **Georg Bell**.

Aus Geheimakten des US-Document Center in Berlin unter der Kennummer 404/SA -- **Röhm**[1) S. 139], aber auch aus dem Bundesarchiv, dem Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes, des Staatsarchivs in Wien und anderen ausländischen Archiven[3) S. 8 - 9] ist über dessen Zusammenwirken mit **Röhm** Etliches ans Tageslicht gekommen, was lange Jahre unbekannt geblieben und auch **Hitler** nicht bekannt geworden war.

So hatte **Bell** sich am 21.4.1931 vertraglich verpflichtet, für **Röhm** Kontakte und Geldmittel in London und Paris zu besorgen. **Röhm** bot an, dafür seinen Beitrag "*zur Stabilisierung der Erde*" in Aussicht zu stellen.

"Mit ***Bell*** *verfolgte* ***Röhm*** *jedoch noch weiterreichende Pläne. Er beabsichtigte, die politische Führung der NSDAP auszuschalten und sie mit Hilfe der SA selbst auszuüben. Zum einen war er davon überzeugt, daß er fähiger als* ***Adolf Hitler*** *sei, zum anderen sah er auch dessen Mitarbeiter als Versager an. Daher wollte er die SA personell und materiell auf eine Machtübernahme in der NSDAP vorbereiten und schuf deshalb in seinem Stab Abteilungen für alle möglichen Aufgaben, die mit den Pflichten einer Schutzorganisation nichts zu tun hatten."* [1) S. 141]

Im Mai 1931 präsentierte **Bell** einige Angebote britischer und französischer Interessenten, die mittels ihrer Finanzhilfen (in gewünschter Größenordnung, teils Spenden, teils Kredite) Einfluß auf **Röhm** bzw. über ihn auf die NSDAP zu nehmen versuchten. Sie machten zur Bedingung, daß **Röhm** binnen 2 - 3 Monaten Presse und Organisation der NSDAP übernehmen solle. Einer dieser Interessenten war der niederländische Erdölmogul **Sir Henry Deterding**, der für die Vereinigung seiner Company mit der britischen Shell zum Royal-Dutch-Shell-Konzern vom

1) Wilfried von Oven, "Mit ruhig festem Schritt", Kiel 1998.

2) Rudolf Diels, "Lucifer ante portas -- Zwischen Severing und Heydrich", Zürich 1953.

3) Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell -- Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler", München 1993.

4) Hans-Günter Richardi, "Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP", München 1991, S. 384.

britischen Monarchen geadelt und mit der britischen Staatsbürgerschaft ausgestattet worden war.[5] **Röhm** brach den Kontakt mit **Bell** Mitte 1932 ab, weil für ihn gefährlich erscheinende Verdächtigungen mit zutreffendem Hintergrund an die Öffentlichkeit gelangt waren.

Bell hingegen trat u.a. wegen nicht gezahlter Honorare am 8. Oktober 1932 aus der NSDAP aus, übergab seinem Rechtsanwalt für einen beabsichtigten Prozeß einen Rechenschaftsbericht über seine vertraglich festgelegten Aufgaben sowie seine Tätigkeiten im Auftrage **Röhms** und leitete im übrigen **Dr. Gerlich** für dessen Wochenschrift ***Der gerade Weg*** interne NS-Informationen zu. Sein Tätigkeitsbericht ist erhalten geblieben.[3) S. 214 - 221] Dort erklärte er: Er sollte helfen, die SA so auszubauen, daß sie unabhängig von der Partei bestehen könne, ja praktisch die Partei darstelle. Die Parteipolitiker, die **Röhm** pauschal als "Demagogen" bezeichnete, sollten ausgeschaltet werden. Ein in- und ausländischer Nachrichtendienst, Presse- und Propagandastellen der SA sollten für diesen Zweck geschaffen, Geldspenden aus der Industrie von der Partei weg, an die SA geleitet werden.[3) S. 215]

*"**Röhm** versuchte nun (Ende 1931) eine neue Allianz mit den Deutsch-Nationalen bzw. mit dem Stahlhelm. Ich verhandelte zu diesem Zweck mit den Exponenten dieser Organisation in Berlin und Innsbruck vom 7. - 23.1.1932. ... **Röhms** Ziel war, die Unterstützung dieser Partei bzw. des Verbandes zu bekommen, um gegen **Hitler** Front machen zu können."* [3) S. 219]

Die ausländischen Geldgeber verlangten klare Fronten: **Röhm** sollte sich von **Hitler** trennen. Dieser sei kein akzeptabler Gesprächspartner.

"Und der Stabschef der SA ist schnell bereit, den Führer der NSDAP fallen zu lassen. Er beauftragt seinen Verbindungsmann, die Verhandlungen fortzusetzen.

*»Am 29.V.31«, erinnert sich Bell, »habe ich dann nach persönlicher Rücksprache Paris und London verständigt, daß **Röhm** die Bedingungen annimmt und versuchen wird, sie zu erfüllen«.*[3) S. 70 + 218]

*Die Gegner **Hitlers** um **Röhm** sehen sich durch das Ergebnis, das die Verhandlungen mit den ausländischen Partnern erbracht hat, in ihrer Auffassung bestätigt, daß **Hitler** nicht stark genug sei, die Bewegung an die Macht zu bringen. So erwacht in einem kleinen Kreis verschworener SA-Führer im Braunen Haus der Gedanke, **Röhm** den Weg in der Partei mit Gewalt freizumachen."* [3) S. 70]

SA-Gruppenführer **Franz Ritter von Hörauf** war seinerzeit in die Verhandlungen zwischen **Röhm** und **Bell** eingeweiht. **Bell** selbst hatte ihm 1932 die "Denkschrift" über seine Tätigkeit für **Röhm** übergeben. Der damalige Chef des Ausbildungsstabes und Inspekteur für Schulen hatte Glück, während und nach der Verfolgungsaktion gegen **Röhm** als Mitwisser nicht erkannt worden zu sein. Am 24.6.1946 hat er als Generalmajor a.D. in einer eidesstattlichen Versicherung dem IMT-Militärgerichtshof in Nürnburg den vorgenannten Sachverhalt bestätigt. Desgleichen tat **Erich Fürst von Waldburg zu Zeil**, der 1932 eine Kopie des **Bell**-Berichtes in der Schweiz deponieren ließ.[5]

*"Seine Erklärung läßt keinen Zweifel daran, daß **Röhm** die Absicht hegte, die SA als selbständige politische Kraft von der NSDAP zu lösen."* [3) S. 67]

SA-Sturmbannführer **Julius Uhl**, Referent in der Obersten SA-Führung des "Braunen Hauses" in München und anschließend Kommandeur von **Röhm**s Stabswache -- im übrigen ein bewährter Pistolenschütze --, war bereits 1931 per Los als Attentäter gegen **Adolf Hitler** nominiert worden.

*"Darüber war auch **Bell** informiert. Zur Durchführung des Anschlags kam es jedoch nicht, weil das Vorhaben gerüchtweise bekannt und innerhalb der NSDAP, zunächst jedoch ohne Ergebnis, untersucht wurde."* [1) S. 143]

Auch SA-Obertruppführer **Martin Schätzl** aus München wußte um den Attentatsplan und gestand kurz vor seiner Erschießung am 1. Juli 1934 im KL Dachau, daß **Uhl** "*auch fest zur Tat entschlossen war*". **Uhl** soll ebenfalls vor seiner Erschießung am 1. Juli 1934 dies bestätigt haben.[3) S. 72]

Bereits im Frühjahr 1932 waren diese Zusammenhänge in Kreise bis zum obersten Parteirichter **Walter Buch** gedrungen, so daß zu unterstellen ist, daß auch **Hitler** seit dieser Zeit vorgewarnt war. Dem Adjutanten **Röhms**, **Graf Du Moulin-Eckart**, wurde als Warnung, daß der Parteiführung Erkenntisse über derartige Verratshandlungen vorliegen, sogar Morddrohungen gegen seinen Chef sowie gegen **Bell** und **Uhl** zugespielt, die Röhm veranlaßten, vorsichtiger zu sein und seine Beziehungen zu **Bell** abzubrechen.[3) S. 74 ff]

Bell, der sich für **Röhm** ohnehin schon als unzuverlässig erwiesen hatte, wurde angesichts der verbesserten Erkundungsmöglichkeiten anläßlich der ns-Machtübernahme und der verschärften Bekämpfung bedrohlich erscheinender Gegner zu einem gefährdeten, aber für **Röhm** und **Uhl** auch gefährlich gewordenen Wissensträger.

Agenten vom SS-Standartenführer und nunmehrigen Chef der Politischen Polizei in Bayern, **Reinhard Heydrich**, hatten das Flucht-Domizil von **Georg Bell** im Gasthaus Blattl in Durchholzen am Walchsee nahe der deutsch-österreichischen Grenze schließlich ausfindig gemacht und **Bell** veranlaßt, nach Deutschland zurückzukommen, um dort vor der Polizei über die seinerzeitigen Vorgänge mit **Röhm** auszusagen.

Mittlerweile hatte **Röhm** seinen Adjutanten Graf v. **Spreti-Weilbach** zur Ausforschung von **Bell** mobilisiert und **Julius Uhl** veranlaßt, Razzien bei der Verlobten von **Bell** durchzuführen. Diese Bemühungen blieben zwar ergebnislos, doch **Uhl** gelang es am 3. April 1933, sich beim Grenzübergang Kiefersfelden dem SS-Fahndungskommando im zweiten Pkw anzuschließen. Als **Bell** nach Aussprache mit dem Verhandlungsführer **Erich Sparmann** mitzukommen gewillt war und seine Schuhe wechselte, stürmte **Uhl** ins Zimmer und streckte ihn mit 5 Schüssen nieder.

War **Heydrich** in seinen Untersuchungen somit nicht weitergekommen und hatte er auch von **Gerlich** nichts Näheres erfahren, so wurde doch das Parteiverfahren gegen **Uhl** eingeleitet. Sein Ende am 1.7.1934 hängt mit diesen Vorgängen zusammen.

Die Ermordung **Bells** am 3. April 1933

*"hatte **Hitler** nervös gemacht. Auch **Göring** interessierte sich für die Hintergründe."* [2) S. 89 - 90]

5) Staatsarchiv Nürnberg, MGN 6, Verteidigungs-Dok.-B. Gattineau 6a, Dok. Gattineau 300 + 301; vergl. auch 77) S. 76 + Fußnote 18, S. 195.

Röhm von der Regierungsbildung ausgeschlossen

Anläßlich der Regierungsbildung am 30.1.1933 hatte der neue Kanzler dem Reichspräsidenten zugesichert,

"keine Versuche zu dulden, die Reichswehr in ein bestimmtes parteipolitisches Fahrwasser geraten zu lassen." [1) S. 134]

Anläßlich der Reichstagseröffnung am 21.3.1933 hat **Hitler** dieses Versprechen in der Potsdamer Garnisonskirche **v. Hindenburg** erneut abgegeben.

Röhm war bei der Kabinettsbildung ausgeschlossen, mit keinem staatlichen Amt betraut worden. Der neuen Regierung gehörten mit ihren 11 Mitgliedern außer **Hitler** nur 2 ns-Parteigenossen an: **Hermann Göring** als Minister ohne Geschäftsbereich und **Dr. Wilhelm Frick** als Innenminister. **Röhm** hatte sich somit den Anordnungen des Reichskanzlers und seiner Minister, aber auch der Landeschefs und Gauleiter, natürlich der Parteiführung grundsätzlich zu unterstellen. Waren auch anfangs die Kompetenzen nicht alle eindeutig definiert, weil innerhalb der Partei vielfach nach Faustrecht verfahren wurde, so zeigte sich doch, daß **Röhm** auf Grenzen seines Einflusses gestoßen war.

Aufgabenzuwachs für die SA nach dem Reichstagsbrand

Ernst Röhm fühlte sich ermächtigt, für die eigentliche NS-Kampftruppe ebenfalls "die Macht zu übernehmen", die am 30.1.1933 von der Partei gewonnen worden war. Auf Grund des Reichstagsbrandes am 27.2.1933, der als Signal eines umfassenden kommunistischen Aufstandes angesehen wurde, erließ der Reichspräsident am 28.2.1933 die "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat".[6] Hiermit waren neue Bekämpfungsmöglichkeiten eröffnet worden. Diese Notverordnung hatte zunächst mehr Bedeutung als das einen Monat später, am 23.3.1933 beschlossene "Ermächtigungsgesetz". [7] **Hitler** hat SA-Führer als Polizeipräsidenten und SA-Einheiten als Hilfspolizei eingesetzt.[2) S. 136]

Ministerialrat **Rudolf Diels**, Leiter der Politischen Polizei (Abt. I A im Polizeipräsidium) in Preußen, ein Mann, der unter Innenminister **Carl Severing** (SPD) die NSDAP zu bekämpfen hatte und ihr recht kritisch gegenüberstand, veröffentlichte 1952 ein Stimmungsbild der dramatischen Monate des Jahres 1933:

"Der illegale »Apparat« der KPD ging nach dem Verbot der KPD mit großem Elan auf breiter Front an die Arbeit. ...

Die Aushebung der Geheimdruckereien und die Wegnahme aller Arten von Vervielfältigungseinrichtungen fruchtete nur vorübergehend. In über 20.000 Druckereien der Großstadt Berlin konnten sich kommunistische Setzer »schwarz« betätigen. Es bedeutete einen Höhepunkt der Kühnheit, als die polizeiliche Nachforschung in einem besonders alarmierenden Falle in die Druckerei des Geheimen Staatspolizeiamtes

6) **Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933**

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung) 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;

3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuchs) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933

Der Reichspräsident
von Hindenburg
Der Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick
Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

(Reichsgesetzblatt 1933, Teil 1 S. 83)

-- Diese Notverordnung ist bis Kriegsende 1945 in Kraft geblieben --

in den Kellern ihres eigenen Hauses führte, wo sich 2 kommunistische Drucker ... entfaltet hatten. ...

Nachdem die SA und die Polizeiabteilung **Wecke** *schon in den ersten Wochen nach der Machtergreifung Infanteriegewehre, Karabiner, Maschinengewehre und Maschinenpistolen in großen Mengen sichergestellt hatten, die nach fachmännischen Schätzungen ausreichten, um 2 Divisionen infanteristisch auszurüsten, wurden neuerdings immer wieder verlagerte Waffenlager entdeckt, die sachgemäß in dicke Überzüge von »Staufferfett« gehüllt und unter Rasen und Gesträuch der Schrebergärtensiedlungen, in Wäldern und unter den Kellern der Häuser versteckt waren.*

Es wurden umfangreiche und systematisch im ganzen Reichsgebiet betriebene Dynamitdiebstähle registriert, die schon die **Severing***sche Polizei beschäftigt hatten; große Bestände an Sprengstoff waren in Hamburg, Ostpreußen und in den Berliner Vororten entdeckt worden.*

Es wurden Anweisungen für Kurse über die Herstellung von Bomben entdeckt und hin und wieder ganze »Schulungsgruppen« ausgehoben. ...

Der illegale Nachrichten- und Kurierdienst hat in dieser Zeit Techniken entwickelt, die die Kriminalisten zur Praktizierung ganz neuer Methoden zwangen. ...

Paßfälscherwerkstätten, die mit einer technischen Gewandtheit arbeiteten, ..., wurden nach einer unbeschreiblich langwierigen Methode der Überwachung endlich ermittelt, oft erst, wenn die Täter ausgeflogen waren. ... Geburtsscheine für British subjects aus Honduras bis zu Pässen und Sterbeurkunden für Menschen, die sich in Brasilianer oder Bulgaren verwandeln wollten, gab es dort für die internationale Tarnung der Funktionäre und Kuriere. In den Schränken dieser Spezialisten gab es Unterschriftensammlungen für die Konsularbeamten des Erdenrundes und Blankoformulare für Ausweispapiere aus aller Welt. ...

Besonders durch einen Fund im Unterbau eines Fernrohrs der Treptower Sternwarte konnte das wesentliche, noch in kommunistischem Besitz befindliche Reservematerial fast restlos erfaßt werden, so daß diese Organisation bis auf weiteres lahmgelegt wurde. ... So befand sich unter dem beschlagnahmten Material u.a. die Unterschrift des Reichsschatzmeisters der NSDAP mit den dazugehörigen Stempelabdrücken für die Herstellung von Quittungen und Mitgliedsbüchern der NSDAP. ..." [2) S. 175 - 178]

Hermann Göring ergänzte den Bericht über die Ermittlungen am 1. März 1933 in einer Rundfunkansprache:

"Desgleichen wurden zahlreiche gefälschte Befehle von SA-Führern und Stahlhelmführern aufgefunden. Befehle, in denen die SA in geheimnisvoller Weise aufgefordert wurde, sich besonders für die Nacht vom 5. zum 6. März bereitzuhalten, um Berlin zu besetzen. In diesen Befehlen hieß es:

»Bei der Besetzung von Berlin ist von der Waffe nachdrücklichst Gebrauch zu machen. Die Straße ist freizuhalten. Alles, was sich entgegenstellt, ist niederzuschießen.«

Und diese Befehle wurden dann den Behörden zugesandt, bürgerlichen Parteien übermittelt und in die verschiedenen Häuser hineingetragen, um so das Schreckgespenst eines nationalsozialistischen Aufstandes hervorzurufen." [8]

Rudolf Heß verwies noch auf die internationalen Pressevertreter, die sich davon überzeugen konnten, daß auch Flugzettel aus den Kellern des Karl-Liebknecht-Hauses hervorgeholt wurden, die dazu aufforderten, einer kommunistischen Machtergreifung sich widersetzende Dörfer niederzubrennen und Städte auszuhungern. Auch fremdsprachiges Material war vorhanden, das der Eroberung weiterer europäischer Staaten dienen sollte.[9]

Immerhin war die KPD 1932 mit ihren nahezu 300.000 Mitgliedern und 6 Millionen Wählern drittstärkste Partei in Deutschland, die aber in Wirklichkeit nur eine "Sektion" der von Moskau geführten Kommunistischen Internationale (Komintern) war.

"Ein nach dem Normalrecht ausgerichtetes staatspolitisches Handeln hätte die Gefahr eines roten Bürgerkrieges nicht ausschalten können. Um das zu verdeutlichen, genügt die Erinnerung daran, daß die in Berlin von Göring aufgestellte Polizei-Abteilung Wecke im Frühjahr 1933 bei ihren Razzien in kommunistischen Wohngebieten der Reichshauptstadt Vorräte von Gewehren, Maschinengewehren, Pistolen und Sprengstoffen beschlagnahmen konnte, die ausgereicht hätten, 2 Heeres-Divisionen infanteristisch auszurüsten." [10) S. 149]

Rudolf Diels bestätigte, daß die rasche Zerschlagung dieser für alle überraschend umfangreichen Revolutionsarsenale nicht ohne die 50.000 Mann Hilfspolizei der SA möglich gewesen wäre, hatten die SA-Männer doch spezielle Kampferfahrung mit diesem Gegner.

"Sie zogen kommunistische Überläufer an sich, mit deren

7) **Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933

Der Reichspräsident von Hindenburg
Der Reichskanzler Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern Frick
Der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath
Der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk
(Reichsgesetzblatt, 1933 Teil I, S. 141)

-- Dieses Gesetz wurde 1937 und später im Krieg wiederum verlängert --

8) Fritz Tobias, "Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit", Rastatt 1962, S. 198.

9) Rudolf Heß, "Reden", München 1938, S.105.

10) Rudolf Jordan, "Erlebt und erlitten -- Weg eines Gauleiters von München bis Moskau", Leoni 1971.

*Hilfe sie eine große Zahl kommunistischer Waffenlager in Besitz nahmen, die im »Stabsquartier« der SA in der Hermann-Göring-Str. (Berlin) gestapelt wurden. Die Waffen galten später als ein Vorwand für **Himmlers** Behauptung, daß die SA zum Aufstand gegen **Hitler** rüste."* [2) S. 165]

Im März 1933 setzten vielfach überzogene Verfolgungen ein, die in Wahrnehmung der von der Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat geschaffenen Freiräume außerhalb der Gesetze SA-intern vollzogen wurden und die sich zu allererst auf die KPD und ihre Anhänger konzentrierten.[11) S. 76] Die KPD hatte bei den Wahlen am 5.3.1933 noch 4,8 Millionen Stimmen (12,3%) erzielt. Der "Großteil ihrer etwa 80.000 Parteifunktionäre waren "*trotz des SA-Terrors*" zur Weiterarbeit bereit.[11) S. 76]

Revolutionär **Ernst Röhm** hat unberechtigten Übergriffen seiner Leute nicht abgeholfen, und der Regierung fehlte noch die Durchsetzungskraft, um angesichts der gewaltigen Gegenkräfte und der zu bewältigenden Aufgaben auch noch die eigenen Mannschaften so zu zügeln, wie es unter gesicherten Verhältnissen notwendig und möglich gewesen wäre. Vielfach handelten SA-Männer in Selbstjustiz aus Rache für brutale Überfälle der Kommunisten aus der "Kampfzeit". So installierte die SA sogar ohne staatlichen Befehl, ohne Haushalts- und Stellenplan etliche konspirativ installierte und aufgefüllte Konzentrationslager vor allem in Preußen, Pommern und Schlesien.[2) S. 152]

Zu berücksichtigen ist freilich, daß selbst nach dem 30.1.1933 noch kommunistische Heckenschützen Überfälle verübten wie u.a. in Berlin und am 12.2.1933 in Eisleben.[10) S. 104]

Rudolf Diels rügte als Leiter der Politischen Polizei in Preußen die negativen Seiten dieser Entfaltung unter der Überschrift "*Der Aufstand der SA im März 1933*":

"Aus allen Teilen der Hauptstadt erreichten uns in der I A Gerüchte, polizeiliche Rapporte, Beschwerden und Siegesmeldungen über die Aktionen der SA. Sie war, im Gegensatz zur Partei, auf ihre Machtergreifung vorbereitet. Sie bedurfte keiner einheitlichen Leitung; der »Gruppenstab« gab das Beispiel, doch keine Befehle. Aber bei den »Stürmen« gab es feste Pläne. ... Die Stürme« säuberten ihre Bezirke. Sie kannten nicht nur die Wohnungen, sondern sie hatten auch von langer Hand die Unterschlupfe und Treffpunkte ihrer Gegner ausgekundschaftet. Wo die Kenntnis der SA aussetzte, wurde sie durch einen Sturm von Denuntiationen und einer Armee von Spitzeln und Zuträgern unterstützt. ..." [2) S. 164]

"In diesen Märztagen (1933) entstanden die Konzentrationslager um Berlin. Es kamen Nachrichten über Lager bei Oranienburg, Königswusterhausen und Bornim. Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen »Vernehmungsstellen« in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden »Privatgefängnisse«." [2) S. 163]

"Der Aufstand der Berliner SA elektrisierte die entferntesten Landesteile. In vielen Großstädten, in denen die polizeiliche Macht den örtlichen SA-Führern übertragen worden war, herrschte das revolutionäre Treiben. ... Je höher der Rang dieser Polizeipräsidenten, in um so weiterem Umkreis wirkten die lärmenden Protuberanzen dieser Nebensonnen der Revolution." [2) S. 166]

*"Die SA drang bereits in die Polizeigefängnisse ein, um sich der Kommunistenführer zu bemächtigen, die nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden waren, und denen sie ihre besondere Rache zugedacht hatte. Aus dem Polizeipräsidium entwendete sie die Akten, die ihre Führer belasten konnten. Die verschüchterten Beamten gaben heraus, was sie forderte. [SA-Gruppenführer] **Ernst** hatte es besonders darauf abgesehen, alles in die Hand zu bekommen, was sich an geschriebenem Material über seine und seines Freundes **Röhmbild** abwegige Veranlagung und von den Briefen seines Chefs **Röhm** aus Bolivien an **Dr. Heimsoht** in den Händen der Polizei befand."* [2) S. 199]

Über die Kampfesweise brauchten sich die Kommunisten nicht zu beschweren; sie entsprach ihrer langjährigen Praxis. Die SA hat sie in deren Perfektion nie erreicht.[2) S. 153]

Unmittelbar nach der Machtübernahme war es auch für den preußischen Ministerpräsidenten **Göring** schwer, sich durchzusetzen. Er mußte zuweilen Waffengewalt androhen und konnte nur mit viel Verhandlungsgeschick die wilden KL im Sommer 1933 auflösen und die dortigen Gefangenen der Polizei ausliefern bzw. freisetzen.[2) S. 190 ff]

Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß Regimegegner sich gestohlener SA-Uniformen bedienten, in denen sie Überfälle eigener Art durchführten,[12) S. 177] eine Methode, wie sie bei der "Kristallnacht" am 9. November 1938 erneut praktiziert wurde[13] und ihren Höhepunkt während des Rußlandfeldzuges mit Stalins "Fackelträger-Befehl" fand. Partisanen hatten in erbeuteten deutschen Uniformen mordend und brandschatzend gegen ihre eigene Bevölkerung vorzugehen, um so den Haß auf die Deutschen zu steigern.[14]

Zu berücksichtigen ist ferner -- was die Verteidigung in Nürnberg am 22.8.1946 zwar zur Sprache gebracht hat, aber "nicht zugelassen" wurde --, daß die Komintern SA und SS schon vor dem Juli 1930 systematisch mit Agenten durchsetzt hat. Bis Juli 1932 sind in ihre Einheiten bereits 24.000 Kommunisten übergewechselt, davon ein zahlenmäßig nicht erfaßbarer, aber beachtlicher Teil mit dem Auftrag aus Moskau für subversive Arbeit zum Schaden der NSDAP.[15]

Eine weitere Begebenheit im Arbeitsablauf von **Rudolf Diels** verdient hier ebenfalls erwähnt zu werden:

*"Der Eigentümer des Mosse-Verlages, Herr **Lachmann-Mosse**, hatte sich vor der SA in die Schweiz geflüchtet. Ich konnte ihn telefonisch erreichen und ihm »freies Geleit« zusichern, wenn er nach Deutschland zurückkehre. Er sollte mich bei der Aufklärung der Vorgänge in seinem Unternehmen unterstützen, wo sich ein anderer SA-Führer zum Generaldirektor emporgeschwungen hatte.*

*Als ich **Göring** von seiner Anwesenheit berichtete, mußte Herr **Lachmann-Mosse** als Zeuge zu einer Art Standgericht vor **Göring** erscheinen. Der vorgeladene SA-Führer und seine Kumpane mußten gestehen, daß sie die geldschweren Positio-*

11) Jürgen Schmädeke / Peter Steinbach (Hrsg.), "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus", München - Zürich 1985.

12) David Irving, "Goebbels -- Macht und Magie", Kiel 1997.

13) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 62, S. 10 ff.

14) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 73, S. 32.

15) IMT, Bd. XXI S. 475.



Der als König Edward VIII von Großbritannien und Nordirland 1936 zum Rücktritt gezwungene, nunmehrige Herzog von Windsor mit Frau im Oktober 1937 zu Besuch auf dem Obersalzberg

nen mit Hilfe vorgehaltener Pistolen erreicht hatten. In Gegenwart **Görings** *stellte ich an die Erpresser immer peinlichere Fragen, bis Göring das Gericht mit dem donnernden Befehl unterbrach:*

»Verhaften Sie die Halunken sofort!«" 2) S. 200

"Zu meiner Verwunderung hatte sich bis dahin [Ende März 1933] eine ausgesprochene antisemitische Parole noch nicht vernehmen lassen.

Aus irgendwelchen Komplexen heraus war bei der SA die Jagd nach pornographischen Künstlern, nach Ärzten, die sich durch gewerbsmäßige Abtreibungen einen Namen gemacht hatten, nach Aposteln der Homosexualität wie ***Magnus Hirschfeld****, und nach jeder Art »Kulturbolschewismus« beliebt. Zu der Beute, die diese Jagden der SA einbrachten, hatten besonders auch als kommunistische Agitatoren und Journalisten viele Juden gehört.*

Göring *lag seiner Natur nach der Antisemitismus fern. Es gibt für diese seine Einstellung zu viele Beispiele, als daß ich sie begründen müßte."* 2) S. 204

1933 war der damalige preußische Staatsanwalt **Dr. Curt Joel** (1922 - 1931 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, v. Okt. 1931 - Juni 1932 Reichsjustizminister) dazu übergegangen, Anklagen gegen ns-Parteigewaltige zu erheben und bedrängten Staatsanwälten in den Provinzen beizustehen. 1946 schilderte er dem Alliierten Militärtribunal:

"Ich war als Staatsanwalt 1933 im Preußischen Justizministerium zunächst mit der Aufgabe betraut worden, auf Grund eines Straffreiheitsgesetzes Taten, die im Kampf und zur Durchsetzung der NS-Bewegung begangen waren, dem Minister zur Amnestie vorzulegen. Ich hatte bewirkt, daß die Mehrzahl dieser Taten als kriminelle Delikte verfolgt wurden." 2) S. 225

"Mit **Diels** *Unterstützung wurden schließlich fast sämtliche Konzentrationslager aufgelöst. Nur Oranienburg blieb in Preußen bestehen und wurde dem Reichsinnenministerium unterstellt. Bei der Strafverfolgung der Wachmannschaften in Bredow bei Stettin gab es Strafen von 10 Jahren Zuchthaus abwärts. Nach Esterwegen mußte ich in* **Diels** *Auftrag mit einer Einheit bewaffneter Berliner Polizei fahren; ich wurde vom Lagerpersonal mit Waffengewalt bedroht und beschossen. Die Auflösung des Lagers gelang trotzdem. ..."* 2) S. 228

Dr. Goebbels veröffentlichte bereits am 10.3.1933 eine deutliche Warnung an die SA-Führung:

"Gewissenlose Subjekte, hauptsächlich kommunistische Spitzel, versuchen, die Partei durch Einzelaktionen zu kompromittieren, die in keiner Beziehung zum großen Werk der nationalen Erhebung stehen, sondern höchstens die Leistungen unserer Bewegung belasten und herabsetzen können. Insbesondere wird versucht, durch Belästigung von Ausländern in Autos mit ausländischen Fahnen die Partei bzw. Deutschland in Konflikt mit dem Ausland zu bringen.

SA- und SS-Männer! Ihr müßt solche Kreaturen sofort selbst stellen und zur Verantwortung ziehen. Ihr müßt sie weiter unverzüglich der Polizei übergeben, ganz gleich, wer sie auch sein mögen. ... Belästigungen einzelner Personen, Behinderungen von Autos oder Störungen des Geschäftslebens haben grundsätzlich zu unterbleiben." 2) S. 88

Zwei Tage später, am 12. März 1933 verschärfte **Hitler** seine Tonart, als er in einer Rundfunkerklärung den Flaggenerlaß des Reichspräsidenten zum Anlaß nahm, die SA-Führung noch einmal deutlich anzusprechen:

"»... Mit dem heutigen Tage, da nun auch symbolisch die gesamte vollziehende Gewalt in die Hände des nationalen Deutschland gelegt wurde, beginnt der zweite Abschnitt unseres Ringens. Von nun ab wird der Kampf der Säuberung und Inordnungbringung des Reiches ein planmäßiger und von oben geleiteter sein. Ich befehle Euch daher, von jetzt ab strengste und blindeste Disziplin! Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben. ...

Wer von jetzt ab versucht, durch Einzelaktionen Störungen unseres Verwaltungs- oder des geschäftlichen Lebens herbeizuführen, handelt bewußt gegen die nationale Regierung.«" 2) S. 199

Eine Reaktion von **Ernst Röhm** auf berechtigte Vorwürfe gegen einzelne, mit diesen Aufrufen angesprochene SA-Führer blieb aus. Dabei konnte ihm nicht unbekannt geblieben sein, daß etliche seiner Unterführer diese Beschwörungen verhöhnten.2) S. 198

"»Das muß der Führer sagen, schon des Auslandes wegen, in Wirklichkeit meint er das Gegenteil!«, war der Kommentar der SA-Führer. ..." 2) S. 199

Als am 4.4.1933 der Reichsverteidigungsrat mit dem Kanzler und 6 Reichsministern geschaffen wurde, um eine reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts in Fragen der Landesverteidigung zu gewährleisten, blieb **Röhm** ausgeschlossen. Es war zweifellos eine Demonstration für den SA-Stabschef, sich aus diesem Komplex herauszuhalten und in seinen Verbänden die Disziplin gegenüber der Staatsführung wieder herzustellen.

Anfang Dezember 1933 veranlaßte **Diels** die Polizeibehörden, die Zahl der in Lagern und Gefängnissen befindlichen Personen zu erfassen.

"Ich hatte die Zahl der Freiheitsberaubungen im Preußischen Staatsgebiet im April auf rund 30.000 geschätzt. (Anfang 1946 verkündete der amerikanische Besatzungsgeneral, daß er rund 300.000 Personen als politische Gefangene allein in seinen süddeutschen Lagern festhalte).[16]

16) Ein sachgerechter Vergleich müßte ausgedehnt werden auf die 5 - 7 Millionen Vertreibungs-, Inhaftierungs-, Hunger- und Justiztote, Millionen weiterer Gefangener und Opfer eines "Automatischen Arrestes", die das deutsche Volk **nach Kriegsende 1945**, abgesehen von der Zerstörung ihrer Vermögenswerte, aus politischen Motiven zu beklagen hatte.

Schon vom April bis Oktober hatten Entlassungen solcher Personen stattgefunden, über die die Polizei verfügen konnte, oder die von SA und SS nach Einzelverhandlungen aus ihren Lagern herausgegeben wurden. ...

*Mitte Dezember bat ich **Göring**, mir sein Einverständnis für eine Amnestie zu gewähren. Alle ihrer Freiheit Beraubten, alle Schutzhäftlinge müßten entlassen werden. Der Reichsinnenminister sollte dafür Sorge tragen, daß das preußische Vorbild im Reich nachgeahmt werde."* [2) S. 251]

Lehnte **Hitler** zwar eine generelle Amnestie ab, so genehmigte er doch umfangreiche Entlassungen zu Weihnachten 1933. Die Zahl der politischen Gefangenen in Preußen hatte sich im Frühjahr 1934 auf etwa 1.800 verringert.[10) S. 149]

Im Januar 1933 verfügte die SA über 300.000 Mitglieder. Bis dahin hatten sie 207 Tote und etwa 40.000 Verletzte als Folge der "demokratischen Gepflogenheiten" ihrer parteipolitischen Gegner zu beklagen. Nicht die SA-Männer hatten diese Kampfmethode begonnen, sondern jene, die seinerzeit die Macht in den Parlamenten und Behörden, in den Betrieben und auf den Straßen hatten, vornehmlich die radikalsten unter ihnen, die Kommunisten.

Angesichts dieser Sachlage ist es unfaßlich, daß **Röhm** -- sogar nach Kenntnis des ehemaligen Reichskanzlers **Heinrich Brüning** -- seit 1932 mit ausländischen Agenten in Verbindung stand, *"und über das Geld, das er von dort erhielt, gibt es keinen Zweifel."* [18 a)]

Röhms Eigenmächtigkeiten 1933

Als nach der Machtübernahme für die NSDAP ein unwahrscheinlicher Zulauf von "Wendehälsen" bzw. -- wie man sie nannte -- "Märzgefallenen" einsetzte und daraufhin eine Mitgliedersperre verhängt wurde, hat **Röhm** sich nicht an diesen Aufnahmestop gehalten, obgleich die SA als Organisation der NSDAP ebenfalls daran gebunden war. **Hitler** hat später am 13. Juli 1934 erklärt, daß **Röhm** hiermit gegen seinen ausdrücklichen Befehl und entgegen von ihm abgegebenen Erklärungen gehandelt hat. Dennoch wurde dieses Thema angesichts der Euphorie des Sieges und der zu bewältigenden Aufgaben seitens der Parteiführung zu leger behandelt, zumal zunächst auch alles gut zu gehen und der angestrebten Volksgemeinschaft zu entsprechen schien.

So ergab es sich, daß rund 75% der 1934 = 3,5 Millionen SA-Männer nicht der NSDAP angehörten.

*"Daher konnten auch manche Einheiten des Rotfrontkämpferbundes geschlossen zur SA überwechseln. Man nannte diese Formationen »Beefsteak-Stürme«: außen braun, innen rot! Und viele dieser neuen Mitmarschierer lösten sich von ihrer linksgerichteten Vergangenheit nicht und folgten gern **Röhms** Parolen von der Zweiten Revolution."* [1) S. 151]

Die SA-Basis -- in Berlin hatten die 60.000 Männer von Januar bis November 1933 weitere 50.000 hinzugewonnen -- hat in ihren Reihen cirka 70% ehemalige Kommunisten mitsamt ihren Schalmeienkapellen aufgesogen.[2) S. 153]

Das überschnelle Anwachsen der Mitgliederzahl ohne Bindung an und Überprüfung durch die NSDAP sollte sich auch in der Führerschaft negativ auswirken. Immer zahlreicher wurden die Beschwerden über Disziplinlosigkeiten und Ausschreitungen von parteilosen jüngst erst aufgenommenen oder überhaupt jüngeren SA-Führern, die bevorzugt vor "alten Kämpfern" befördert wurden und zweifelhafte Zielvorstellungen entwickelten.

"Allein die Gruppe Berlin-Brandenburg zählte nun 220.000 Mann. Für manchen SA-Führer eine ernsthafte Versuchung, sich durch die ihm unterstehenden Männer persönlich als Machtfaktor zu betrachten und seine Dienststellung entsprechend auszunützen oder sie sogar zu mißbrauchen." [17) S. 215]

Im Reichsgebiet verfügte die SA am 13.4.1932 über 300.000 Mitglieder,[1) S. 103] am 1.1.1935 waren es bereits 3.543.009.[1) S. 126] Reduziert man diese Zahl auf die *"wirklich aktiven"* SA-Männer, so würde man auf knapp 2 Millionen kommen, da die übrigen mehr oder weniger *"nicht ganz freiwillig rekrutierte"* Veteranen des "Stahlhelm" und "Kyffhäuserbundes" waren.[1) S. 126] Wie auch immer: Unter **Röhms** Kommando standen 1933/1934 drei bis 5 mal mehr junge Männer als in der Reichswehr, die nur über 100.000 Mann verfügte. Knapp 25% von ihnen dürften Mitglieder der NSDAP gewesen sein. [17) S. 214]

Als Vergleich: Am 30.1.1933 verfügte die NSDAP über 849.009 Mitglieder, am 1.1.1935 waren es 2.493.890.[17) S. 214]

In der damaligen Phase noch nicht gesicherter Machtbasis hatte **Hitler** viele Eigenmächtigkeiten der SA schweigend hinnehmen müssen. Vorbei war die Zeit, als noch jeder SA-Mann zu unterschreiben hatte:

"Ich erkläre ausdrücklich, daß ich keinem Wehrverband, keiner militärischen Geheimorganisation angehöre und keine Verbindung mit Reichswehr und Polizei habe; ich verpflichte mich, an keiner militärischen Übung teilzunehmen und keine Waffen zu führen." [17) S. 163]

Göring, selbst SA-Mann, hatte jedoch die Kontrolle über diese Organisation verloren.

*"Er sah sich nun von SA umstellt: Ein großer Teil der Polizeipräsidenten Preußens trug die SA-Uniform, zudem saßen bei allen Regierungspräsidenten sogenannte SA-Berater. Kein Zweifel, **Görings** Herrschaft im größten deutschen Staat war unterminiert."* [18) S. 83]

Das hatte ihn schon seit März 1933 geplagt. Die meisten Scherereien brachten ihm die rechtsstaatswidrigen Exzesse einzelner SA-Einheiten, vor allem im Raum Berlin-Brandenburg, die er als Polizeichef zu verhindern hatte, die aber unter dem Motiv der notwendigen Kommunistenbekämpfung eingerissen waren.

"Eine Zentrale Staatsanwaltschaft im preußischen Justizministerium begann sogar KZ-Verbrechen der SA zu ermitteln und die Schuldigen vor Gericht zu stellen." [19) S. 201]

Angesichts der katastrophalen Ausgangslage mit über 6 Millionen Arbeitslosen, ebenso vielen kommunistischen Wählern und der außenpolitischen Machtlosigkeit des Reiches konnten die sozialen Probleme auch der eigenen An-

17) Heinrich Bennecke, "Hitler und die SA", München - Wien 1962.

18) Heinz Höhne, "Der Orden unter dem Totenkopf -- Die Geschichte der SS", Gütersloh - München o.J.

18 a) Heinrich Brüning, "Briefe und Gespräche -- 1934 - 1945", Stuttgart 1974, S. 27.

19) Heinz Höhne, "Die Zeit der Illusionen -- Hitler und die Anfänge des 3. Reiches 1933 bis 1936", Düsseldorf - Wien - New York 1991.

hänger nach der Machtübernahme nicht sogleich behoben werden. Die ns-Parteigänger waren von der wirtschaftlichen Not des Volkes besonders hart betroffen gewesen, da während der Weimarer Zeit ein Einsatz für die NSDAP nahezu durchgängig mit Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis geahndet wurde. So setzte sich z.B. die SA zu einem Drittel, in den Städten sogar bis zu 80% aus Arbeitslosen zusammen.

Doch Arbeitsplätze zu organisieren konnte nicht allein mit politischer Überzeugung gelingen. Berufliche Qualifikation war gefragt, Finanzierungspläne und Rohstoffimporte mußten realisierbar sein, den Bedarf galt es zu organisieren; das Vertrauen in die Stabilität des Staates und der Währung erforderte Zeit und Leistungsnachweise.

Sollten auch die Behörden mindestens 50% der freiwerdenden Stellen mit SA-Männern besetzen -- der Personalaustausch in den Führungsetagen beschränkte sich auf relativ geringe Quoten und erreichte keineswegs die Ausmaße wie bei Präsidenten-Neuwahlen in den USA -- , so konnte damit nicht das Gros der SA-Männer in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Die Beschwerden des SA-Stabschefs über die stiefmütterliche Behandlung der SA sowohl bei der Mitwirkung am Staat, als auch bei den Stellenbesetzungen, Arbeits- und Wohungsbauprogrammen wurden zwar ernsthaft berücksichtigt, doch die Zurücksetzung hielt an.

Gärte somit die Unruhe innerhalb der SA, so auch außerhalb ihrer Reihen. Besonders -- aber nicht nur -- das Militär fühlte sich aus mehreren Gründen beunruhigt.

Da machte die überraschend angeschwollene Mannschaftsstärke der SA Sorge. Sie wuchs mit den militärischen Ambitionen ihres Stabschefs, der immer wieder die Befürchtung nährte,

"den SA-Staat vorzubereiten, der eines Tages der bestehenden Ordnung revolutionär übergestülpt werden sollte."

Ab Februar 1933 begann **Röhm** nahezu *"fieberhaft"*, die SA heimlich zu bewaffnen und

"schuf sich in der SA-Feldpolizei eine eigene Exekutive und machte sich zugleich an den Aufbau einer eigenen SA-Gerichtsbarkeit". [20) S.621]

So hatte sich die SA an der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 nur unter der Bedingung beteiligt, über die vorgefundenen Waffen, von denen man wußte, daß sie vorhanden waren, verfügen zu können.[21)]

Bereits 1923 hatte **Röhm** -- als Hauptmann der Reichswehr im Auftrag der bayerischen Schützenbrigade 21 -- die Einwohnerwehrverbände mit Waffen, Munition und Gerät zu versorgen. Er erinnerte sich zweifellos, welchen Einfluß er gerade dadurch einst ausüben konnte.

War **Röhm** auch finanziell von der Reichsleitung der NSDAP abhängig und deshalb verbittert, so ließ er sich dadurch nicht von seinem Kurs abbringen, nicht nur die ausgebliebene *"zweite, die sozialistische Revolution"* zu beschwören, sondern auch die *"Reaktionäre und Bonzen"* in der eigenen Partei pauschal zu attackieren. Sie seien daran schuld, daß die SA zurückgestellt werde. Zweifel an seiner Parteitreue wurden laut, zumal er nur von **Hitler**, nicht aber von der Parteiführerschaft "getragen" war.

20) Joachim C. Fest, "Hitler", Berlin - Wien 1973. Dort Verweis auf Ernst Röhm, "SA und deutsche Revolution" in ***NS-Monatshefte*** 1933, S. 251 ff.
21) IMT, Bd. XXII, S. 159.



"Die Allianz zwischen Hitler und Röhm war brüchiger, als es nach außen schien. Vor allem die Politiker in der Partei, die er nach Aussage von Georg Bell nur als Demagogen bezeichnete, waren dem Stabschef der SA ein Dorn im Auge. Das Bild, das Röhm im Gespräch mit Hitler zeigt, entstand auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg im Jahre 1933."

-- Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell -- Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler", München 1993, S. 65. --

Im April 1933 gab er in einem Geheimbefehl an die SA bekannt, die sozialen Zustände seien so unerhört,

"daß die SA nicht mehr lange untätig zuschauen könne." [22) S.58]

Im Juni 1933 verkündete **Röhm**:

"Wer heute revolutionäre Beruhigung fordere, verrate die Revolution. ...

Ob es ihnen paßt oder nicht -- wir werden unseren Kampf weiterführen. Wenn sie endlich begreifen, um was es geht: mit ihnen! Wenn sie nicht wollen: ohne sie! Und wenn es sein muß: gegen sie!" [20) S. 620 - 621]

Andernorts zur gleichen Zeit:

"Ein gewaltiger Sieg ist errungen, nicht aber der Sieg schlechthin. Die SA werde es nicht dulden, daß die deutsche Revolution einschläft oder auf halbem Wege verraten wird. ... Denn die braune Armee ist das letzte Aufgebot der Nation." [1) S. 122]

Solche Sprüche, gegen höchste Führeranordnung in die Öffentlichkeit getragen, schürten Unruhe und Widerstand.

Aus einem privaten Gespräch wird **Röhm** zu dieser Zeit zitiert:

"Was habe man schon damit erreicht, daß der Nationalsozialismus an die Macht gekommen sei. ***Hitler*** *verrät uns alle. Er geht nur mehr mit Reaktionären um. Seine alten Genossen sind ihm zu schlecht. Da holt er sich diese ostpreußischen Generäle heran. Das sind jetzt seine Vertrauten. Warum so viel Rücksicht auf die Offiziere der Reichswehr, die nichts taten, als man in den Straßen und verrauchten Sälen kämpfen mußte?*

Aus altem preußischen Kommiß machen wir nicht unser Revolutionsheer. Das Fundament muß revolutionär sein. Aufpropfen läßt sich das hernach nicht. Hier gibt es nur einmal die Gelegenheit zu etwas Neuem, Großem, womit wir -- weiß der Himmel -- die Welt aus den Angeln heben können. Aber der ***Hitler*** *tut mich vertrösten. ... Er will die fertige Armee erben."* [23) S. 83]

22) Otto Strasser, "Die deutsche Bartholomäusnacht", Zürich 1935. Nachdruck Viöl 1996.
23) Max Gallo, "Der schwarze Freitag der SA", Wien - München - Zürich 1972.

Zur gleichen Zeit griff er -- reichlich verworren -- sogar die politischen Leiter der NSDAP an:

"Die Leute waren notwendig, um die Entscheidung herbeizuführen. Jetzt sind sie eine Belastung. Wir müssen sie bald loswerden. Erst dann kann die richtige Revolution beginnen." 24) S. 11

Am 6.7.1933 erklärte **Hitler** den Reichsstatthaltern die Revolution für abgeschlossen.

"Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. ...

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist. Zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können Ausschlag geben. ...

Die Geschichte wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. ...

Die Ideen des Programms verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen. Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern.

Die Reichsstatthalter haben dafür zu sorgen, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Ämter besetzen, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig ist." 25) + 26) S. 280

Dr. Frick machte diese Aussage am darauffolgenden Tag zur Grundlage eines Runderlasses an die Polizeibehörden und wandte sich am 11. Juli an die Öffentlichkeit:

"Wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist es nunmehr, die in ihr vereinigte totale Macht geistig und wirtschaftlich zu untermauern. Diese Aufgabe wird jedoch aufs schwerste gefährdet, wenn weiterhin von einer Fortsetzung der Revolution oder einer zweiten Revolution geredet wird. ...

Wer jetzt noch so redet, muß sich darüber im klaren sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend behandelt wird." 24) S. 12

Rudolf Heß verbot allen Parteimitgliedern die Teilnahme an Diskussionen und Aktionen gegen die bestehenden Eigentumsverhältnisse.

Am 13. Juli erhielten die Gauleiter vom Reichskanzler eine gleichlautende Lektion: Bestehendes darf nicht radikal zertrümmert werden, weil wir sonst unsere eigenen Lebensgrundlagen zerstören würden. Es ist Schluß zu machen mit Parolen von einer fortzusetzenden Revolution. Wir brauchen Aufbau und Ordnung.

"Es war völlig in den Wind gesprochen." 2) S. 220

Röhm ließ sich nicht beeindrucken. Nicht nur, daß er weiterhin eine "zweite Revolution" forderte: er benannte Sonderkommissare und -beauftragte,

"die nach eigenem Gutdünken in die Tätigkeit der nun nationalsozialistischen Verwaltungen eingriffen und überall ein Chaos verursachten." 24) S. 12

Im Verlaufe des Jahres 1933 sagte **Hitler** ihm zu, daß SA-Obergruppenführer **Friedrich-Wilhelm Krüger** am 1. Juli 1933 das aus der Weimarer Republik übernommene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung übernimmt und in rund 200 Ausbildungsstätten mit einer durchschnittlichen Belegstärke von 150 Teilnehmern unter Dienstaufsicht des Reichswehrministeriums rund 250.000 SA-Männer wehrsportlich ausbilden läßt. 27) S. 209

Alsbald gab es Kompetenzgegensätze. In Schlesien und Pommern hatten sich zudem SA-Einheiten für Grenzschutzaufgaben mit Waffen versorgt und unterwarfen sich nicht den Anweisungen der Reichswehr.

"Der im Oder-Warthe-Bogen zuständige SA-Chef ließ eigenmächtig Personen zur SA einziehen und militärisch ausbilden, andere SA-Verbände veranstalteten verbotene Manöver." 27) S. 210 + 19) S. 166

"Die SA beherrschte Grauzonen der Landesverteidigung, die Kontrolle über die Grenzschutzverbände und deren Waffen. Befehle des Truppenamtes über die Beendigung der Zusammenarbeit mit der SA zum 1.4.1934 mußten teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

***Röhm** wollte den ganzen Grenzschutz haben und bestürmte **Hitler**, das Heer in eine Miliz unter seinem Kommando umzuwandeln."* 27) S. 220 + 19) S. 180 - 181

Am 19. August 1933 verwies **Hitler** auf einer "Friedenskonferenz" in Bad Godesberg die maßgebenden SA-Führer sowie Vertreter des Reichswehrministeriums auf die von Anfang an festgelegten Grundsatzentscheidungen. Die Reichswehr sei einziger Waffenträger der Nation. Der SA obliege die weltanschauliche Schulung. 27) S. 211

Am 6. Oktober drohte **Frick** erneut jenen mit strafrechtlicher Verfolgung, die widerrechtlich in den Verwaltungsdienst eingreifen sollten.

Am 1. Dezember 1933 kam **Hitler** seinem Stabschef demonstrativ entgegen -- offensichtlich aber auch, um ihn besser unter Kontrolle zu bekommen --, indem er ihn als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierungsverantwortung einbezog. In einem gesonderten Schreiben zum Jahreswechsel dankte er ihm für seine "*unvergänglichen Dienste*", die er "*der nationalsozialistischen Bewegung und dem deutschen Volk geleistet habe*".

Reichswehrminister Generaloberst **Werner v. Blomberg** war darüber gar nicht erbaut; er berief die Befehlshaber der Wehrkreise für den 20.12.1933 nach Berlin, um sie über seine Befürchtungen hinsichtlich der SA-Bestrebungen, ihren Milizgedanken zu forcieren, sowie über den neuen Kurs der Reichswehrführung zu unterrichten. Bei dieser Zusammenkunft wurden Beschlüsse gefaßt, die der Entwicklung zur deutschen Wehrhoheit neue Impulse gaben.

*"Generalleutnant **Ludwig Beck**, [der neue] Chef des Truppenamtes des Heeres, ließ alles abschaffen, was **Röhm** Ansatzpunkte lieferte, sich in die Wehrpolitik einzuschalten: keinen Grenzschutz mehr, Schluß mit Miliz-Experimenten, sofortiger Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht.*

24) Nikolaus v. Preradovich, "30. Juni 1934 -- Röhm Putsch", Rosenheim 1994.

25) ***Völkischer Beobachter***, 8.7.1933.

26) Alan Bullock, "Hitler -- Eine Studie über Tyrannei", Düsseldorf 1959.

27) Heinz Höhne, "Gebt mir 4 Jahre Zeit -- Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches", Berlin - Frankfurt, Ullstein Verlag 1996.

*Ohne **Hitler** zu informieren, beschlossen sie einen Kurswechsel in den Grundsätzen des Heeresaufbaues. **Beck** forderte Aufbau eines Friedensheeres von 300.000 Mann in 5 Jahren, gestützt auf einjährige Wehrpflicht."*[27) S. 195]

Die Lehrtrupps für die SA-Sportlager seien bis zum 31.3.1934 zurückzuziehen, der SA das Gastrecht auf Truppenübungsplätzen zu entziehen. ***Spiegel***-Redakteur und Zeithistoriker **Heinz Höhne** kommentierte:

> ***"Merkwürdig, wie wenig Hitler und die Nationalsozialisten bei diesem Aufbruch in die Aufrüstung mitwirkten. Nicht Hitler hatte die Dezember-Beschlüsse der Reichswehr initiiert. Eine Weisung aus der Reichskanzlei gab es nicht."*** [27) S. 195]

Röhms Eigenmächtigkeiten 1934

> Der ehemalige Reichskanzler **Heinrich Brüning** im Rückblick:
>
> *"Einer, der sicher mit **Röhm** in Verbindung stand, war General **v. Bredow**. ...*
>
> *Berlin war eine Art internationales Schlachtfeld geworden, genau wie 1923 und dann wieder 1930. Große international gesammelte Geldsummen waren verfügbar für Leute, die alle möglichen Pläne zum Sturz der Nazis beibrachten. Oft wußten die Botschafter der betreffenden Länder davon nichts. Es war eine Glückszeit für Abenteurer, die vorgaben, Einfluß und Informationen zu besitzen. Ich weiß von Summen, die jedem angeboten wurden, der eine Aktion gegen **Hitler** organisieren wollte, und von Geld, das tatsächlich an Leute ausgezahlt wurde, die es verschwendeten, ohne irgend etwas zu organisieren. ...*
>
> *In Wirklichkeit drängte das Heer **Hitler**, gegen die SA vorzugehen, da weitsichtige Leute erkannten, daß **Schleichers** Hoffnung, **Hitler** mit **Röhms** Hilfe zu stürzen, gescheitert war. **Schleicher** selbst begriff dies, wie ich fürchte, im Frühjahr 1934 keineswegs. Ehe ich Deutschland verließ, erhielt ich mindestens 2 Berichte, daß er immer noch hoffte, **Röhm** würde möglicherweise so große Schwierigkeiten machen, daß die NSDAP zusammenbrechen würde."* [18 a)]

Während **Hitler** darauf bedacht war, **Röhm** im Zusammenhang mit dem "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" mit Ernennung zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Dezember 1933 zufriedenzustellen, hat er ihm jedoch gleichzeitig die klare Aufgabe umrissen, daß allein die Armee den Schutz des Reiches nach außen zu gewährleisten habe, während der SA nur innenpolitische Aufgaben zustehen.[28) S. 173] Offensichtlich hatte sich **Hitler** mit großen Vorbehalten zu dieser Ernennung **Röhms** zum Minister entschlossen, kannte er doch die schon 1931 in der Presse breitgetretenen Vorwürfe gegen das Privatleben seines Stabschefs[29)] und weiterer 5 Gruppenführer sowie einiger Brigadeführer.[30) S. 42] Die aus außen- wie innenpolitischen Gründen Ende 1933 noch recht prekäre Machtlage seiner Herrschaft hat ihn jedoch ebenso offensichtlich veranlaßt, einen Streit mit der SA-Führung zu vermeiden. Diese Machtsituation kannte natürlich auch **Röhm** und versuchte sie auszunutzen.

Unmittelbar nach seiner Ernennung zum Minister ließ Röhm seine Stabswachen bewaffnen und bemühte sich sogar um das Ausland. Insbesondere von Frankreich erhoffte er sich auf der Genfer Abrüstungskonferenz eine Unterstützung seines Milizgedankens. Eigenmächtig bahnte er Gespräche mit dem französischen Militärattaché in Berlin an bzw. setzte sie fort.[18) S. 92]

Eine von **Rudolf Diels** im Januar 1934 **Göring** und **Hitler** übergebene Denkschrift über Straftaten etlicher Jugendlicher aus den Reihen der Hitlerjugend und ein Vorschlag, ob man nicht der SA erzieherische Aufgaben für die Jugend übertragen solle, löste eine heftige Debatte aus, die deutlich machte, daß **Hitler** sehr wohl wußte, "*was die Spatzen von allen Dächern pfeifen*".

> *"»Diese ganze Kamarilla um den Stabschef **Röhm** ist doch durch und durch verderbt. Es wäre doch ein Wahnsinn, ausgerechnet diesen Leuten noch die HJ anzuvertrauen. ...*
>
> *Die SA ist es, sie ist der Schrittmacher für allen Unflat. Dort sollten Sie einmal schärfer hinsehen«"* [2) S. 275]

Weitere von **Diels** vorgetragene Einzelheiten, sogar über Morde an 2 SA-Führern, "*die sich gegen das Treiben der **Röhm**-Clique ausgesprochen hatten*", sowie Morddrohungen gegenüber hochgestellten Männern aus der Bürgerschaft, SA und Polizei, die sich über rechtsstaatswidrige Maßnahmen oder homosexuelle Ausschweifungen gewisser SA-Führer beschwert hatten, veranlaßten **Hitler**, nunmehr ernsthafte Untersuchungen hierüber zu fordern. Ihm war auch mitgeteilt worden, daß es ganze Landstriche gab,

> *"wie gerade Schlesien und das Gebiet weitab im Westen, wo nur »seine« SA, aber keineswegs die Polizei etwas zu sagen hatte.* [2) S. 276]
>
> ***Hitler** sagte nur:*
>
> *»Also, so weit ist es gediehen, daß die Polizei nicht mehr einzuschreiten wagt.«"* [2) S. 276]

Hitler und **Göring** waren nicht gewillt, solche Eigenmächtigkeiten zu dulden, doch wollten sie gegen ihre eigenen Leute auch nicht überstürzt vorgehen.

Röhm, der sich -- bezugnehmend auf den großen Heeresreformer Preußens im 19. Jahrhundert -- als "***Scharnhorst** der neuen Armee*" betrachtete, [27) S. 182] hielt sich nicht an die ihm auferlegten Richtlinien, sondern nutzte seine

---

28) Heinz Höhne, "Mordsache Röhm", Reinbek 1984.

29) **Ernst Röhms** Homosexualität war bereits seit einem Prozeß im Jahr 1925 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte bekannt geworden und fand durch Veröffentlichungen in der ***Münchener Post*** vom 22. Juni 1931 und im März 1932 erneut größere Publizität. Gegenstand jener Presseberichte waren von **Röhm** verfaßte Briefe an den Berliner Arzt **Dr. Heimsoth**, die auf ungeklärte Weise in andere Hände gelangt waren und anschließend auch von **Röhm** vor Gericht bestätigt wurden.[1) S. 98 ff]

30) Heinrich Bennecke, "Die Reichswehr und der »Röhm-Putsch«", München - Wien 1964, S. 5:

"Meine Tätigkeit in Berlin vom September 1933 bis Juli 1934 als Führer des Reichs-SA-Hochschulamtes, das im Rahmen der dem Chef des Ausbildungswesens der SA gestellten Aufgabe die vormilitärische Ausbildung der deutschen Studenten zu organisieren und durchzuführen hatte, brachte mich in enge Berührung mit allen Fragen der Zusammenarbeit von Reichswehr und SA in dieser Zeit."

Stellung als Stabschef der SA und nunmehriger Minister aus, um seine alten Vorstellungen von einer Volksmiliz unter seiner Führung zu verwirklichen. Nach Integrierung der SA-Führer in die Reichswehr meinte er, als nächstes Etappenziel die Position des Reichswehrministers und später dann sogar die Staatsführung übernehmen zu können. Selbst kritischste Beobachter seines Verhaltens haben diese Ambitionen nicht in Abrede gestellt.

*"Seine SA war das neue Volksheer. Es mußte nur militärisch fit gemacht werden, es mußte nur für den modernen revolutionären Krieg gedrillt sein, -- dann war die Stunde gekommen, da die SA die Reichswehr übernehmen und ihn, den Reformator **Ernst Röhm**, an die Spitze der neuen Wehrmacht eines neuen Deutschland katapultierte.*

*Die Kader des neuen Volksheeres waren schon vorhanden. **Röhm** befahl über eine 500.000-Mann-Armee, rein zahlenmäßig fünfmal so stark wie die Reichswehr. ...*

*Bis ins kleinste Detail hatte **Röhm** das Militär kopieren lassen. ... Die SA-Dienstvorschriften orientierten sich nach den Heeres-Reglements, und die SA-Standarten führten die Nummern früherer Regimenter der kaiserlichen Armee."* [18) S. 90]

Die Reichswehrführung hat mehr oder weniger auch in Reaktion auf die Ernennung **Röhms** zum Reichsminister Ende Dezember 1933 die Verstärkung des Heeres binnen 5 Jahren auf 300.000 und die Wiedereinführung der (einjährigen) Wehrpflicht als neue Zielvorstellung ins Auge gefaßt. Damit hat sie dem Milizgedanken **Röhms** einen unmißverständlichen Riegel vorgeschoben.

Röhm, hiervon entweder unbeeindruckt oder geradezu animiert, wähnte **Hitler** von seinen "schlechten Ratgebern" wieder abbringen zu können. Dabei reagierte er allerdings

*"mit lärmenden Ausfällen und demonstrativen Darlegungen seiner Forderungen. Er nannte **Hitler** einen »Schwächling«, der sich in den Händen von »dummen und gefährlichen Subjekten« befinde, doch werde er, **Röhm**, ihn »aus diesen Fesseln befreien."* [20) S. 624]

Knapp einen Monat, nachdem **Röhm** zum Reichsminister ernannt worden war, verstieg er sich, statt die ohnehin schwere Gesamtverantwortung mittragen zu helfen, zu weiteren unverständlichen Eigenmächtigkeiten.

In einem 6-seitigen Rundschreiben vom 15.1.1934 an höhere Verwaltungsdienststellen, auch das Justizministerium, verlangte er im Verfügungsstil für seine SA-Führer künftig Kontrollfunktionen über die Behörden. [31) S. 33] Hiermit nicht genug: Ohne Absprache mit dem Reichskanzler stellte **Röhm** am 1.2.1934 in einer Denkschrift an das Reichswehrministerium (RWM) Forderungen auf Ausweitung seiner Befugnisse für die vormilitärische Ausbildung, die Federführung in allen Fragen des Grenzschutzes -- nicht vergessen waren die Waffenlager[18) S. 92] -- und Teilhabe an den Planungen für die Landesverteidigung. [27) S. 184]

*"**Röhm** hatte seine Denkschrift so hart formuliert, daß **Blomberg** auf einer Befehlshaberbesprechung nur folgern konnte, **Röhm** beanspruche die gesamte Landesverteidigung als »Domäne der SA«, die Reichswehr solle nur Ausbildungsfunktionen wahrnehmen."* [18) S. 92]

Generaloberst **v. Blomberg** faßte dieses Exposé als Kriegserklärung auf.[27) S. 220 + 19) S. 181] Die Reichswehr stellte sich auf bewaffnete Konfrontation mit der SA ein. Ihr war zudem nicht entgangen, daß **Röhm** allzu offensichtlich die Anweisungen **Hitlers** mißachtete, was einer sich anbahnenden Meuterei gleichkam.

Auf einer Gauleitertagung in Berlin am 2. Februar betonte **Hitler** in deutlicher Schärfe, die Revolution sei zu Ende, und nur Narren, *"die wir sogar in unserer Bewegung haben"*, verstünden unter Revolution nimmer endendes Chaos. Deutschland brauche keine Chaoten, sondern Menschen, die die Zukunft Deutschlands unter stabilen Verhältnissen sichern.[20) S. 625]

Am 21.2.1934 sagte der Reichskanzler dem in Berlin weilenden britischen Lordsiegelbewahrer und späteren Außenminister **Anthony Eden** zwecks Klimaverbesserung bei den Abrüstungsverhandlungen im Rahmen des Völkerbundes im Fall von Konzessionen zu, die SA um 2/3 ihrer Mannschaften zu reduzieren und im übrigen Inspektionen zu befürworten. Für **Röhm** eine deutliche, aber von ihm nicht akzeptierte Sachlage.

Am 28.2.1934 beschwor **Hitler** im Reichswehrministerium die höchsten Führer der SA, SS und der Reichswehr noch einmal, die vorgegebenen Richtlinien einzuhalten, denenzufolge die Reichswehr einziger Waffenträger der Nation sei. In feierlicher Zeremonie hatten sich **Blomberg** und **Röhm** hierzu schriftlich zu bekennen. [27) S. 232]

Obgleich **Hitler** in seiner Ansprache gedroht hatte, er werde jeden zerschmettern, der ihm bei der geforderten Aufgabenteilung zwischen Reichswehr und SA in den Arm falle, fühlte sich **Röhm** auch an die soeben unterzeichnete Verpflichtung nicht gebunden. Als nach dem anschließenden Sektfrühstück die Militärs gegangen waren, entrüstete sich **Röhm** über den *"Verrat **Hitlers**"*. [27) S. 233]

Das soeben unterzeichnete Schriftstück sei

"«ein neuer Vertrag von Versailles.

***Hitler**! Wenn man sich nur von diesem Mann befreien könnte! ...*

Was der lächerliche Gefreite erklärte, gilt nicht für uns. Ich denke nicht daran, das Abkommen einzuhalten.



Reichspräsident v. Hindenburg schreitet am 21. März 1933 die Front der SA ab.

31) Rudolf Czernin, "Das Ende der Tabus -- Aufbruch in der Zeitgeschichte", Graz - Stuttgart 1998.

32) John Toland, "Adolf Hitler", Bergisch Gladbach 1977. (New York 1976)

32 a) ***Das Dritte Reich - Zeitgeschehen in Wort, Bild und Ton*** Nr. 4, Hamburg (John Jahr Verlag KG), Chefredakteur: Dr. Christian Zentner, o.J., S. 138.

Hitler ist treulos und muß mindestens auf Urlaub. Wenn nicht mit, so werden wir die Sache ohne **Hitler** *machen. ... Die SA, das ist die nationalsozialistische Revolution.«"* 32) S. 444 + 27) S. 233 + 1) S. 149

Eine ergänzende Aussage ist überliefert:

*"Vor seinen SA-Kameraden machte er (**Röhm**) sich über den »ignoranten Gefreiten« lustig. »Der Adolf spinnt« moserte er und verkündete:*

»Wir machen so weiter wie bisher.«

*Die Kumpane grölten Beifall. Nur einer mochte nicht mitjubeln. Der hannoversche Obergruppenführer **Viktor Lutze** war empört, wie respektlos in diesem Kreise über den Führer hergezogen wurde."* 32 a)

Röhm, der von sich behauptete, *"er verfüge immerhin über die Macht von 30 Divisionen"*,20) S. 627 ging soweit, die Meinung zu verbreiten, **Hitler** habe das "sozialistische" Anliegen, für das die Partei angetreten sei, mittlerweile verraten, da er zu viele Kompromisse mit den konservativen Kräften, dem Adel, den Wirtschaftsbossen und der Reichswehr -- alle rangierten bei ihm als *"Reaktion"* -- eingegangen und vor Enteignungen und "Sozialisierungen" zurückgeschreckt sei.[33]

SA-Obergruppenführer **Viktor Lutze** meldete diese Aussagen **Rudolf Heß** und kurz darauf **Hitler** persönlich, der *"die Sache ausreifen lassen wollte"*.

Die Ausdrücke, die **Röhm** über **Hitler** und führende Mitkämpfer in seiner nächsten Umgebung verwendete -- mag es auch nur gelegentlich geschehen sein --, waren unmißverständlich und gleichlautend. Die Polizeibehörden erhielten davon Kenntnis.

*"**Röhm** nannte **Göring** klar und schlicht einen Popanz und **Hitler** einen Narren. ..."* 2) S. 89

Am 14.3.1946 erklärte **Hermann Göring** vor dem Nürnberger Militärtribunal hierzu:

*"Der Gegensatz zwischen Wehrmacht und **Röhm**kreis, ich spreche nicht von einem Gegensatz zwischen Wehrmacht und der SA, bewußt betone ich das, der war nicht vorhanden, sondern ausschließlich von dieser Führergemeinschaft, die damals sich SA-Führung nannte und es tatsächlich war. Er wollte die Beseitigung der Hauptanzahl der Generale und höheren Offiziere, die in der Reichswehr die ganze Zeit gewesen waren. ... da er auf dem Standpunkt stand, daß diese Offiziere keine Gewähr für den neuen Staat bilden würden, da ihnen, wie er sich ausdrückte, das Rückgrat im Laufe der Jahre gebrochen worden sei und sie nicht mehr fähig waren, aktive Elemente des neuen nationalsozialistischen Staates zu sein.*

Der Führer und auch ich standen hier auf vollständig entgegengesetztem Standpunkt.

*Zum zweiten richtete sich das Streben, ich möchte sagen der für **Röhm** eingestellten Männer, auch in anderer Richtung auf einen revolutionären Akt. Sie waren gegen das, was sie als Reaktion bezeichneten. Sie wollten sich einen bewußt mehr links gestellten Eindruck geben. Sie waren auch verschärft gegen die Kirche und auch sehr scharf gegen das Judentum. ...*

*Wenn Übergriffe in jener Zeit vorkamen, so lagen sie auch immer wieder bei denselben Persönlichkeiten, in erster Linie bei dem Berliner SA-Führer **Ernst**, dem Breslauer **Heines**, dem Münchner **Stettiner** usw..*

*Einige Wochen vor dem **Röhm**-Putsch vertraute mir ein unterer SA-Führer an, daß er gehört habe, daß eine Aktion gegen den Führer und die zum Führer stehenden Männer der Bewegung geplant sei, damit das Dritte Reich schnellstens durch das endgültige Vierte Reich, wie der Ausdruck bei diesen Leuten war, abgelöst werden sollte.*

Ich selbst wurde gedrängt und gebeten, vor meinem Hause nicht nur Posten des Polizeiregiments stehen zu lassen, sondern abwechselnd auch eine Ehrenwache der SA zu nehmen. Ich war darauf eingegangen und hörte auch dann durch den Führer dieser Truppe nach einer gewissen Zeit, wozu diese Ehrenwache bestimmt sei: um im gegebenen Moment meine Festsetzung vorzunehmen.

*Ich kannte **Röhm** gut. Ich ließ ihn kommen. Ich hielt ihm offen die Dinge vor, die ich gehört hatte. ... Er versicherte mir, daß er selbstverständlich nicht daran dächte, irgendetwas gegen den Führer zu unternehmen. Kurz darauf erhielt ich weitere Nachrichten, daß er mit jenen Kreisen enge Verbindung habe, die ebenfalls in scharfer Ablehnung uns gegenüber standen. ...*

Ich fühlte mich verpflichtet, nun mit dem Führer darüber zu sprechen. Zu meinem Erstaunen erklärte mir der Führer, daß auch er bereits die Dinge wisse und sie sehr bedrohlich ansehe. Er wollte aber die weitere Entwicklung abwarten und sorgfältig beobachten." [34]

Ernst Röhm jedenfalls behielt seinen Stil bei.

*"Seine Forderungen nach einer zweiten Revolution erhob **Röhm** ab Frühjahr 1934 immer ultimativer und in drohender Form, obwohl **Adolf Hitler** ihm scharf widersprach und öffentlich drohte:*

»Wer immer sich gegen die Autorität des Staates erhebt, wird streng bestraft, welche Stellung er auch einnehmen möge.« 1) S. 149

Alles das nahm **Röhm** nicht ernst:

*"Er unternahm 1934 größere Besichtigungsreisen in verschiedenen SA-Gruppen. In Gesprächen nach den dienstlichen Veranstaltungen -- meist Aufmärsche der Verbände, Ansprachen und dann Vorbeimarsch -- hat er sich vor allen, die es hören wollten, wahrscheinlich aber nicht immer hören sollten, mißmutig und kritisch über Partei- und Reichswehrführung, ja sogar die Staatsführung und indirekt oder gar direkt über **Hitler** geäußert. Damit lieferte er aber nur weiteres Material für Anklagen bei **Hitler** über ihn. ...*

*So trug **Röhm** selbst dazu bei, die nervöse, manchmal sogar direkt hysterische Stimmung in den Wochen vor dem 30. Juni hervorzurufen."* 30) S. 43

Heinz Höhne bestätigte:

"Kein Massenaufmarsch, keine Fahnenweihe, keine Eröff-

---

33) Zweifellos hat **Röhm** die Schwierigkeiten völlig verkannt, die Arbeitslosigkeit abzubauen bzw. zu beseitigen. Hitler hatte folgende "sozialistische" Erfolgsbilanz aufzuweisen: Die Zahlen der statistisch erfaßten Arbeitslosen:

Am 31.1.1933 = 6.013.600	am 31.12.1933 = 4.059.100
am 30.6.1933 = 4.856.900	am 30.6.1934 = 2.480.800

Rüstungsmaßnahmen hatten bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Bedeutung. Auch der Autobahnausbau hatte mit "Kriegsplänen" nichts zu tun:

"Schon den Autobahnbau hatten Hitler und Todt in Gang gesetzt, ohne die Reichswehr daran zu beteiligen. Weder wurden die Strecken nach strategischen Gesichtspunkten angelegt, wie es die Philosophie der Tiefenrüstung verlangt hätte, noch sah sich die Reichswehrführung von Hitler ermuntert, den Reichsautobahnen eine Rolle in ihrem Aufrüstungsprogramm zuzuweisen." 19) S. 189

34) IMT, Bd. IX, S. 301 - 302.

nung von SA-Heimen, ohne daß der Stabschef eine Rede hielt, mit immer neuen Anklagen und Beschwörungen, stets in die gleiche Richtung: Kritik an der »Verbonzung« der Partei und an der »unsozialistischen« Politik des Regimes, Brandmarkung der »Reaktion«, die die SA beiseite schiebe und den Nationalsozialismus verfälsche." 19) S. 200

Die Meldungen nahmen an Umfang zu, daß auch die Basis der SA rumorte, etlichen "*die ganze Richtung nicht paßte, die »Adolf« seit dem 30. Januar 1933 eingeschlagen hatte*" 18) S. 89 und **Röhm** diese aufmüpfige Meckerei hat gewähren lassen.

Über die "*pausenlosen Triumpfparaden*" und Machtdemonstrationen **Röhms** in jenen Monaten hinaus beunruhigten Gerüchte um seine Bemühungen, General **v. Schleicher** und **Gregor Strasser** und "*wohl auch andere oppositionelle Kreise*" für seine Zielvorstellungen einzuspannen; -- was davon Fakt oder Intrige war, wurde nie geklärt.

Zudem sorgten nachweisbare Waffenlieferungen aus dem Ausland, und zwar "*größere Mengen*", 20) S. 627 für Aufsehen. **Röhm** ließ -- und das ist Faktum --

"bei jeder SA-Gruppe eine bewaffnete Stabswache in Stärke von einer Kompanie aufstellen, die mit Karabinern und schweren Maschinengewehren ausgerüstet wurde. Das bedeutete 5.000 bewaffnete Männer. In der SA wurden weitere bewaffnete Einheiten gebildet, in Berlin etwa ein »Wachregiment« für die Gruppe und »Wachbataillone« für die Brigaden. 27) S. 260 + 19) S. 205 + 35) S. 367

Als im Juli 1934 die Waffen der SA eingesammelt wurden, hat man 177.000 Gewehre, 651 schwere und 1.250 leichte Maschinengewehre gefunden, eine Ausrüstung für 10 Infanterie-Divisionen. 27) S. 260 + 35) S. 367

In einem Schreiben vom 2. März 1934 an **Adolf Hitler** hat Reichswehrminister **v. Blomberg** sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bewaffnung der SA-Stabswachen rein zahlenmäßig bedenklich sei und das von **Röhm** gleichzeitig verstärkte militärische Ausbildungsprogramm für seine SA-Einheiten im Widerspruch zu den getroffenen Abmachungen stünde.

*"Gewiß ist nicht auszuschließen, daß er [**Röhm**] damit tatsächlich nur die enttäuscht und gereizt herumlungernden SA-Männer beschäftigen wollte. Aber unverkennbar mußten diese Aktivitäten auf **Hitler** und die Reichswehrführung als Herausforderung wirken und den aufrührerischen Schwadronaden einen besorgniserregenden Hintergrund geben."* 20) S. 627

Die Waffenlieferungen an die SA sind seinerzeit nicht geheim geblieben -- der Umfang wohl --, obgleich sie z.T. konspirativ aufgezogen worden waren. Vizekanzler **v. Papen** erwähnte sie in seinen Erinnerungen ebenfalls und beschrieb einen Vorfall in Stettin, wo der dortige Wehrkreisbefehlshaber General **v. Bock** eine Sendung belgischer Maschinengewehre mit Adresse an den dortigen SA-Führer beschlagnahmen ließ. 36) S. 352

*"Warum bewaffnete **Röhm** seine SA so hektisch, was veranlaßte ihn, mit Frankreichs Botschafter und Militärattaché emsig Umgang zu pflegen?"* 19) S. 205

Der französische Historiker **Max Gallo** äußerte den Verdacht, ob nicht diese Waffenlieferungen gar eine Intrige der Abwehr gegen die SA war, da die Lieferungen "*auf Rechnung der Reichswehr mit dem Geld und der Hilfe der Abwehr*" erfolgt sein sollen. Provokationen, Fallen, um **Hitler** zum Handeln zu zwingen?

*"Eine Aktion ist vorbereitet. Ein Agent wirft auf dem Frachtbahnhof in Berlin eine Kiste um, sie zerbricht. Jedermann kann den Inhalt sehen: Maschinengewehrteile. Die Kiste ist für SA-Führer **Ernst** bestimmt."*

Gleichartiges aus Stettin.

*"Auf dem Schreibtisch **Hitlers** liegen die gleichlautenden Berichte des SD und der Abwehr. Die Beweise sind da, unwiderlegbar."* 23) S. 112

Hinter dem "Waffengeschäft" wurden geheimnisvolle ausländische Finanziers vermutet. Selbst schärfste Kritiker **Hitlers** haben nicht behauptet, daß er -- der Reichskanzler -- solches veranlaßt habe.

Gegen SA-feindliche Provokationslieferungen spricht allerdings:

(1) ihr enormer Umfang,

(2) ihr gleichermaßen zu Buche schlagender Kostenaufwand,

(3) der Überraschungsffekt für die Empfänger, der kaum hätte verborgen bleiben können und

(4) das von **Röhm** dem Reichskanzler offensichtlich verschwiegene Ausmaß des Waffenbestandes der SA.

Die Hartnäckigkeit, mit der **Röhm Hitler** bis zuletzt gegenübergetreten war, hat zweifellos seine Erklärung in dem Waffenarsenal, das sich der SA-Stabs-chef längerfristig zugelegt hat und von dem **Hitler** nichts wußte.

Der SA-Obergruppenführer **Max Jüttner** hat später darauf hingewiesen,

*"daß Waffenbeschaffungen der SA zumindest auch im Interesse der Landesverteidigung erfolgt sind. **Jüttner** hatte Anfang 1934 erfahren, daß die SA im Westen in Pläne der Landesverteidigung einbezogen worden war. Für diese SA-Kräfte wurden Waffen auf dem schwarzen Markt beschafft. Als **Jüttner** dann als Verbindungsführer der Obersten SA-Führung zur Reichswehr diese Angelegenheit in Berlin besprach, wurde ihm mitgeteilt, daß für diese »bunt zusammengewürfelten Waffen« weder Ersatzteile noch ausreichend Munition zu beschaffen sei. Er solle deshalb seine Waffenanforderungen besser in Berlin an die Reichswehr richten."* 30) S. 48

Immerhin konnte sich **Röhm** mit Hinweis auf diese Aufgaben -- deshalb auch sein Beharren auf den Kompetenzen des Grenzschutzes im Osten -- offiziell absichern, wenn er sich Waffen aus Belgien kommen ließ. Die außenpolitische Brisanz dieses Themas hat **Hitler** offensichtlich veranlaßt, in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Reichstag am 13. Juli die geheimen Waffenlieferungen an die SA nicht anzusprechen, obgleich ihm die Waffenarsenale der SA unheimlich waren und er sie **Röhm** zum Vorwurf, sogar des Hochverrates, machte, weil er über ihren Umfang im unklaren gelassen wurde. Sollte Röhm mit seinen Waffenimporten den Reichskanzler hintergangen, getäuscht haben, und sei es auch nur, um seine SA-Macht zu stärken, so wäre dies Hochverrat gewesen. Welche Staatsführung läßt sich schon konspirative Waffenimporte, zumal "*in größeren Mengen*" gefallen?

Die meisten Historiker haben dieses Thema weitgehend ungeklärt ausgeklammert.

Am 18. April 1934 hielt **Röhm** eine Pressekonferenz

35) Robert J. O'Neill, "The German Army and the Nazi Party 1933 - 1939", London 1966, S. 367.

36) Franz v. Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952.

vor den Auslandsjournalisten ab, in der er nach einer Treuebekundung für den Reichskanzler ausführte:

"Wir haben keine nationale, sondern eine nationalsozialistische Revolution gemacht, wobei wir besonderes Gewicht auf das Wort »sozialistisch« legen. ...

Wir sind nicht bereit, auch nur die geringsten Abstriche von unserem konsequenten sozialistischen Wollen zu machen. Reaktion und Revolution sind natürliche Todfeinde. Zu bedauern ist, die Reaktion in den eigenen Reihen gleich- statt ausgeschaltet zu haben. ...

Wir brechen ihnen aber bestimmt und erbarmungslos das Genick, wenn sie diese reaktionäre Gesinnung zu betätigen wagen." [1) S. 132]

"Die nationale Revolution ist vorüber. Die soziale Revolution aber ist fällig. Revolutionen aber feiert man nicht. Man macht sie." [22) S. 26 + 23) S. 49]

Hierzu paßt die Wiedergabe eines Begleiters von **Röhm** anläßlich eines Ausritts durch den Tiergarten in Berlin Ende April 1934. Als eine Gruppe Politischer Leiter der NSDAP ihren Weg kreuzte, meinte der SA-Stabschef:

"Schauen Sie sich diese Kerle an. Die Partei ist eine Versorgungsanstalt geworden, aber kein politischer Faktor mehr. Die Leute waren notwendig, um die Entscheidung herbeizuführen, jetzt sind sie eine Belastung. Wir müssen sie bald loswerden. Erst dann kann die richtige Revolution beginnen." [23) S. 48]



"Seinen Duzfreund Ernst Röhm (rechts) exekutieren zu lassen, zögerte Hitler am längsten. Aber der Reichsführer SS Heinrich Himmler (links) wußte, daß die ganze Intrige um den erfundenen SA-Putsch auffliegen mußte, wenn Röhm am Leben blieb. Über zwölf Stunden lang stritt die Nazi-Prominenz um Röhms Leben. Als außer Hitler niemand mehr für ihn eintrat, ließ ihn der Führer fallen."

-- ***Das Dritte Reich -- Zeitgeschehen in Wort und Bild***, John Jahr Verlag Hamburg, o. J. Nr. 4., S. 142/143, Chefredakteur Dr. Christian Zentner.

Hinter diesen Parolen stand die schon zumindest seit 1931 gehegte Konzeption, in Verbindung mit Finanzkreisen aus England und Frankreich einen Systemwechsel mit Ausschaltung **Hitlers** und der SS zu erreichen, um auf diese Weise *"die Konsolidierung der mitteleuropäischen Lage"* zu ermöglichen, -- mit **Röhm** als Chef der deutschen Politik.[37] Hierzu vergleiche man die eidesstattlichen Erklärungen des SA-Brigadeführers **Freund** (Allg. SA-83) und des Generalmajors a.D. **Franz v. Hörauf**, seinerzeit Chef der Abt. I (Organisation, Ausbildung und Einsatz der SA), (SA/A 76 + 15). Einer der letzten Verhandlungsführer mit dem Ausland war SA-Obergruppenführer **v. Detten.**[37]

Der Verteidiger der SA vor dem Militärtribunal in Nürnberg, Rechtsanwalt **Dr. Böhm**, erklärte hierzu am 28.8.1946 unter Bedauern, daß etliche Zeugen und Dokumente vom Tribunal nicht zugelassen wurden:

*"Die Zeugenaussagen **Jüttners**, wie die Affidavits von **Hörauf** und **Freund** weisen darauf hin, daß die oberste SA-Führung bis zu dem Zeitpunkt, da sie politisch ausgeschaltet war, in enger Verbindung mit englischen und französischen Kreisen stand, um einen Westpakt zu schaffen. Ich habe nachgewiesen, daß in dem Rahmen dieser Verhandlungen finanzielle Unterstützungen des Auslandes für die SA vorhanden waren, fernerhin habe ich aufgezeigt, daß die SA-Führung 1932 mit deutschen Regierungskreisen gegen **Hitler** Koalitionsverhandlungen tätigte. ...*

Es war beabsichtigt, das bisherige System auszuschalten und durch eine wirkliche Volksregierung unter tätiger Mitarbeit des Volkes selbst zu ersetzen." [37)]

Diese Einstellung hinderte **Röhm** nicht, offiziell und öffentlich uneingeschränkte Treue zu bekennen und hierzu aufzufordern -- so erneut zum Geburtstag **Adolf Hitlers** am 20. April 1934. Doch dies geschah offensichtlich nicht ohne Hintergedanken. Denn nur 7 Tage später forderte **Röhm** in einer Kabinettsitzung seinen Preis: Geschlossene SA-Formationen wollte er in die Reichswehr übernommen wissen, wobei deren SA-Führer entsprechende Offiziersstellen erhalten sollten. Nach all den ihm bereits deutlich gemachten Entscheidungen und Warnungen mußte **Hitler** diese Forderung zu diesem Zeitpunkt als Abbruch einer weiteren Zusammenarbeit auffassen.

*"**Hitler** blieb stumm. Als dann **Blomberg** in kurzen Worten erklärte, daß er auf ausdrücklichen Befehl des Reichspräsidenten **v. Hindenburg** die Forderung **Röhms** ablehnen müsse, erklärte Reichskanzler **Hitler** die Angelegenheit damit bis auf weiteres für erledigt.*

*Wutentbrannt raffte **Röhm** seine Papiere zusammen und verließ brüsk die Sitzung. -- Es sollte seine letzte Kabinettsitzung sein!"* [22) S. 62 - 63]

Ende April 1934 hatte **Himmler** den SA-Stabschef zu einer Zusammenkunft gebeten, in der er auf zahlreiche Übelstände in bestimmten SA-Führerkreisen und umlaufende Gerüchte über anstößige Orgien sowie ihre staatsschädigenden Auswirkungen aufmerksam machte. Obgleich **Röhm** Abhilfe versprach, befand er sich in der anschließenden Nacht inmitten eines neuerlichen Gelages der angeprangerten Art.[23) S. S. 68 - 69]

Am 9. Mai 1934 verwies der französische Außenminister **Louis Barthou** vor der Kammer auf sich zuspitzende Kontroversen in Deutschland. Dies machte deutlich, was nachfolgend der deutsche Sonderbeauftragte **Joachim v. Ribbentrop** aus Paris bestätigte, daß man dort über gute Informanten aus höchsten deutschen Führungskreisen verfügte und Zerwürfnisse innerhalb des Reiches außergewöhnliche Rückwirkungen auf die internationale Stellung des Reiches haben mußten.

Unter Bezugnahme auf die vorerwähnte Kabinettsitzung bzw. die Konfliktsituation zwischen Reichswehr und SA wurde **Hitler** am 28. Mai zum Reichspräsidenten bestellt, der ein kurzfristig demonstrativ erkennbares Einschreiten gegen **Röhm** und die Besorgnis erregenden Aktivitäten der SA forderte.

Generalmajor **Walter v. Reichenau**, Staatssekretär und Chef des Ministeramtes (ab 13.2.1934 Wehrmachtsamtes) im Reichswehrministerium, hat im August 1934 dem Korrespondenten des Pariser ***Petit Journal*** diese Zusammenhänge als wesentliche Ursachen für die gewaltsame Ausschaltung **Röhms** am 30. Juni bezeichnet.

37) IMT, Bd. XXII, S. 157 - 159. -- Waren die hier angesprochenen Affidavits von **Jüttner, Freund** und **Hörauf** schon in den Nürnberger IMT-Protokollen nicht abgedruckt worden, so sind sie auch nicht, wie sonst üblich, in den Unterlagen des Nürnberger Staatsarchivs aufbewahrt. Das Bundesarchiv in Berlin fand ebenfalls *"keine Hinweise zu den zitierten eidesstattlichen Erklärungen"*. Man kann wohl davon ausgehen, daß sie bewußt, weil sie offensichtlich wichtige, aber heute unerwünschte Hintergründe ausleuchten, den Historikern und somit der Öffentlichkeit entzogen bleiben sollen.

Staatsstreichversuch im Umfeld der Vizekanzlei

Unter Bezugnahme auf § 48 der Weimarer Verfassung hatte der Reichspräsident am 1.6.1932 per Notverordnung **Franz von Papen** zum Reichskanzler berufen. Der Reichstag hatte ihm bereits am 12.9.1932 mit 512 gegen 42 Stimmen das Mißtrauen erklärt. Trotz Auflösung des Reichstages regierte **v. Papen** bis zur Neuwahl am 6.11.1932 bzw. bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers weiter. Der am 3.12.1932 als Kanzler antretende General **Kurt von Schleicher**, ebenso per Notverordnung ernannt, scheiterte am 28.1.1933.

Von Papen war "am Ball geblieben", nützte seine Beziehungen zum Reichspräsidenten, zur Reichswehr, Kirche und zu sonstigen gesellschaftlich maßgebenden Kräften, vermittelte die Koalitionsregierung unter dem Kanzler **Adolf Hitler** und erschien dort als Vizekanzler. Gleichwohl hegte er von Anfang an den Wunsch, Hitler zu "umrahmen", unter Kontrolle und nach kurzer Zeit zur Bankrotterklärung zu bringen, um dann mit Hilfe **v. Hindenburgs** im Rahmen einer restaurierten Monarchie erneut tonangebend in Deutschland mitwirken zu können.

Die Hoffnung auf die Durchsetzbarkeit einer solchen Vision schöpfte **v. Papen** aus der nach wie vor überragenden verfassungsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten, dem Schwergewicht der konservativen Kräfte im Hintergrund und der Tatsache, daß es gelungen war, ein Kabinett zusammenzustellen, das zwar unter der Kanzlerschaft **Hitlers** stand, aber von 10 weiteren Mitgliedern nur 2 ns-Parteigenossen aufwies: **Dr. Frick**, Innenminister, und **Hermann Göring**, Minister ohne Geschäftsbereich. Die gesonderte Berufung des Generalobersten **Werner von Blomberg** zum Reichswehrminister -- er war vor den übrigen Mitgliedern des Reichskabinetts vereidigt worden --

*"veranschaulicht die Bedeutung, die man in der Umgebung des Reichspräsidenten und **Papens** der bewaffneten Macht als stabilisierendem Faktor für die »nationale Regierung« beimaß. ...*

*Der Zusammenarbeit zwischen **Hitler** und **Blomberg** lag eine Vereinbarung zugrunde, die für die gesamte künftige außen- und innenpolitische Entwicklung konstitutiv geworden ist."* [38) S. 396]

Damit war von Anfang an klargelegt, daß die Wehrmacht einziger Waffenträger bleibe und die SA sich in diesen Bereich nicht einzumischen habe. **Hitler** hat sich stets an diese Zusage gehalten. Selbst die im März 1933 aufgestellte "Leibstandarte Adolf Hitler" (LAH) sowie die spätere Waffen-SS blieben den militärischen Einsatzbefehlen des Heeres bzw. dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unterstellt.

*"Gegenüber Interventionen des greisen Reichspräsidenten war **Hitler** damals von großer Empfindsamkeit. Er bemühte sich offenbar ihm gegenüber einer konsequenten Korrektheit und Loyalität."* [2) S. 250]

Hitler hat nicht nur die Stellung des Reichspräsidenten respektiert, sondern diese auch im Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 abgesichert. D.h. die dem Reichspräsidenten eingeräumten Verfassungsrechte, zu denen im Falle eines von ihm verkündeten Staatsnotstandes die Entlassung des Reichskanzlers und seiner Minister gehörte, waren vom Ermächtigungsgesetz im Art. 2 ausdrücklich "unberührt" geblieben. **Hitler** konnte somit nur im Einklang mit dem Reichspräsidenten, der zudem Oberbefehlshaber der Reichswehr war, handeln.

Gerade diese Verfassungslage schien jedoch "eingeweihten Kreisen" mit persönlichem Zugang zur Familie **v. Hindenburg** der Ansatzpunkt, um den von Anfang an beabsichtigten Sturz **Hitlers** zu verwirklichen. Doch die Ausgangslage hatte sich bereits binnen weniger Monate rasant verändert. **V. Papen** weist in seinen Erinnerungen auf ein Beispiel dieser Art hin, wenngleich er damals daraus sicherlich keine Konsequenzen gezogen hat:

*"Der vollkommene Zusammenbruch des bürgerlichen Lagers kann nicht deutlicher aufgezeigt werden, als durch das Echo der Parteien auf die von **Hitler** befohlene Auflösung. Zentrum und Bayerische Volkspartei empfahlen*

*»unter der unmittelbaren Führung **Adolf Hitlers** am Aufbau des neuen Deutschlands mitzuwirken und sich rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.«*

Und für die Widerstandskämpfer aus den Reihen der Sozialdemokraten sei an einen Beschluß der SPD-Landesleitung Württemberg-Baden vom 10.5.1933 erinnert, der allen Inhabern sozialdemokratischer Mandate empfiehlt,

»ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, der keinen Zweifel an dem guten Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen des Nationalsozialismus zu unterstützen.«" [36) S. 342]

Bedacht werden sollte hierbei, daß etliche Führungsfunktionäre der SPD schon Monate vorher nach Prag emigriert waren und von dort ihre anti-ns-Politik weiterbetrieben, was **Hitler** veranlaßt hatte, die Parteien am 14.7.1933 aufzulösen und Neugründungen zu verbieten. Zuvor schon hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund -- offensichtlich auch auf Grund leerer Kassen -- die Loslösung von der SPD bekundet und am 9.4.1933 erklärt, *"sich in den Dienst des neuen Staates zu stellen"* und mit der Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften einverstanden zu sein. [10) S. 116-119]

Die Mitarbeiter des Vizekanzlers, **Edgar Julius Jung**, **v. Savigny** und **Fritz Günther v. Tschirschky** waren schon 1933 bemüht, an die Botschafter in London und Paris, **Leopold v. Hoesch** und **Köster**, einseitige bzw. verlogene Meldungen zu senden, um das Ausland gegen die Reichsregierung aufzuputschen. [27) S. 205] Ob **v. Papen** hiervon gewußt hat, ist unklar, doch waren sie sich in der Zielsetzung einig. Seit Dezember 1933 arbeitete **Jung** -- bekannt bereits durch sein Buch "Die Herrschaft der Minderwertigen" und als Verfasser zahlreicher Texte für **v. Papen** -- an einer Rede, mit der **v. Papen** die Willkür des Nationalsozialismus geißeln und damit die beabsichtigte Staatskrise in

38) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1979, Bd. I.

Gang setzen wollte oder sollte. Der Rechtsanwalt hatte

*"vorher auch schon einmal einen Pistolenanschlag auf **Adolf Hitler** ausführen wollen und nur deshalb davon Abstand genommen, weil er anschließend selbst Reichskanzler werden wollte. ...*

*Daher konzentrierte sich **Jung** auf die Entmachtung **Hitlers** durch die Erklärung des Staatsnotstands."* 1) S. 155

Im Frühsommer 1934, als sich der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten zunehmend verschlechterte, gerieten solche Pläne unter Zeitdruck. Selbst **Otto Strasser** räumt ein, daß sich *"die Drahtzieher"* jenes Umsturzplanes *"zur Eile gezwungen"* sahen. 22) S. 50

Inwiefern **v. Papen** von internen Entscheidungen der Reichswehr unterrichtet worden war, blieb unklar. Sein Konzept basierte zweifellos zum großen Teil auf ihrem Rückhalt, meinte er doch sie über **v. Hindenburg** und den seit 1½ Jahren privatisierenden General **v. Schleicher** nach wie vor für sich mobilisieren zu können.

Wenn **Hitler** nicht von einem Umsturzplan gewußt haben sollte, so mußte er doch mit der Möglichkeit eines Staatsstreiches in seiner unmittelbaren Koalitions-Umgebung rechnen. Dafür kannte er seine Gegner aus der Kampfzeit zu gut. Im übrigen war die Nachfolgeregelung des Reichspräsidentenamtes bereits im Dezember 1932 Gegenstand einer Reichstagsabstimmung gewesen. Den Versuch General **Schleichers**, im akuten Fall selbst die Vollmachten des Reichspräsidenten zu übernehmen, hatte die NSDAP damals verhindert.

"Seit Monaten schon" -- so bekundet **Otto Strasser** für die Zeit vor dem Juni 1934 -- war *"in unterrichteten Kreisen"* ein Umsturzplan mit folgender Zielvorstellung *"offenes Geheimnis"*:

*"**Hindenburg** bestellt testamentarisch den **Ex-Kronprinzen Wilhelm** als Nachfolger, wobei man die ungarische Form des »Reichsverwesers« wählt. Der neue Reichsverweser, der noch von **Hindenburg** das direkte Kommando über die Reichswehr empfängt, verhängt sofort den Ausnahmezustand über Deutschland, durch den automatisch die gesamte vollziehende Gewalt den (hitlerischen) Zivilbehörden entzogen und den (reaktionären) Wehrkreiskommandeuren übertragen wird.*

*Die Regierung bleibt unter der Kanzlerschaft **Hitlers**, doch tritt eine wesentliche Änderung ihrer personellen Zusammensetzung ein, und vor allem soll mit der »Nebenregierung von Partei und SA« radikal Schluß gemacht werden."* 22) S. 49 - 50

Hitler bzw. das Reichskabinett -- offenbar in Kenntnis zumindest derartiger Gerüchte oder auch nur Befürchtungen, und ebenfalls besorgt um eine rasche und reibungslose Neuregelung im Falle des Ablebens des 86-jährigen **v. Hindenburg** -- reagierte darauf am 24. April 1934 mit einem Strafrechtsänderungsgesetz. Dieses drohte Tod bzw. Zuchthaus für den Versuch an, die Verfassungsrechte des Reichspräsidenten oder der Regierung zu untergraben oder einen Repräsentanten des Staates zu nötigen, seine Befugnisse in einem bestimmten Sinne auszuüben. Auch jenen war diese Härte des Gesetzes angedroht, die die öffentliche Macht mißbrauchen oder gar hierfür Mannschaften in Waffen einüben.[39]

Franz v. Papen und **Ernst Röhm** mußten als Regierungsmitglieder nicht nur davon Kenntnis haben, sondern gewiß auch von den Motiven beim Zustandekommen dieser Texte. Genug öffentliche Warnungen in dieser Richtung waren bereits erteilt worden. **Hitler** konnte sich hierauf berufen, als er sich in der Staatsnotstandssituation am 30. Juni 1934 zum obersten Gerichtsherrn erklärte.

Daß dennoch die SA sich teilweise bewaffnet hatte, blieb unerwähnt. Offenbar war dies zunächst stillschweigend geduldet worden, weil **Hitler** auf die SA noch zur Gegnerbekämpfung angewiesen war und keine Gefahr bestand, daß diese Waffen gegen den Staat verwendet werden könnten.

Als sich die Krise zwischen Regierung und Reichswehr einerseits und der SA-Führung andererseits zuspitzte, wagte sich die Gruppe um **v. Papen** (Leiter der Pressestelle des Vizekanzlers, Oberregierungsrat **Herbert v. Bose, v. Tschirschky, Klausener, Jung**) aus der Deckung hervor. *"Mit gefälschten Dokumenten, Gerüchten, Falschinformationen"* 3) S. 172 begannen sie, ihren Staatsstreichversuch gegen **Hitler** in die Wege zu leiten. **V. Bose** hatte bereits *"ein Netz von NS-Gegnern in Bürokratie und Society geschaffen"*. Er schürte die Furcht vor einem SA-Putsch und wollte die Militärs zu einer Intervention gegen **Hitler** aufreizen, um der Reichswehr die vollziehende Gewalt in die Hand zu spielen. So sollte die SA ausgeschaltet, **Hitler** zur Kabinettsumbildung gezwungen und der Weg für die Wiedereinführung der Monarchie freigemacht werden. 19) S. 209

In welchem Maße der Vizekanzler über den letzten Stand dieser Vorbereitungen unterrichtet war, sei dahingestellt. Ganz unwissend konnte er keinesfalls sein. Der britische Journalist **Sefton Delmer** berichtete, was er in jenen Tagen vom Pressereferenten **Papens** -- offensichtlich von **Herbert v. Bose** -- gehört haben will:

*"Jetzt stehen wir inmitten des **Hindenburg**ischen Nachfolgekrieges, in dem **Hitler** auf der einen und der Vizekanzler mit seinen konservativen Freunden auf der anderen Seite stehen. Die angekündigte Entscheidung werde auf der nächsten Kabinettsitzung fallen, wenn **Papen Hitler** zwingen werde, die terroristische Anarchie der SA-Gangster niederzuschlagen. Sollte der Führer sich weigern, dann würden **Papen** und seine Freunde zurücktreten, **Hindenburg** werde **Hitler** entlassen und die Macht in die Hände des Militärs legen. Ganz gleich, wie es kommt, mein Chef ist überzeugt, daß er **Hitler** in der Zange hat.*

*Wenn **Hitler** die Forderung annimmt* (die terroristische Anarchie der SA-Gangster niederzuschlagen), *ist er seine Macht los. Und wenn er sich weigert, ist die Reichswehr an der Reihe. Ich hoffe nur, daß er sich weigert. Selbst wenn das Bürgerkrieg bedeuten würde."* 32) S. 449

Aus der Luft gegriffen war das offensichtlich nicht, erinnerte sich doch **Heinrich Brüning** im November 1947:

*"**Papen** bereitete einen eigenen »Putsch« im Herrenklub vor, wohin er Leute zum Essen einlud, um über künftige Kabinette zu diskutieren. ... Dort traf er sich mehrmals mit **Erich Klausener**. ... **Papen** forderte ihn auf, Reichsinnenminister zu werden, und das wurde der Gestapo bekannt, ehe ich Deutschland verließ."* 18 a)

Jedenfalls am 17. Juni zog **v. Papen** nach Absprache mit seinen Mitarbeitern in der Universität Marburg gegen all das zu Felde,

"was an Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution ausbreite." 27) S. 266 + 18) S. 98

Zudem prangerte er die Alleinherrschaft -- umschrieben als *"Vorherrschaft"* -- einer Partei und den Staatstotalismus, die politische Demagogie und die dem Marxismus

39) Reichsgesetzblatt 1934, S. 341; betrifft hier die §§ 81 + 82 STGB.

39 a) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1963, S. 234 - 236.

eigene Dynamik des sozialen Umbruchs, das Gerede von der zweiten Revolution und die Einschränkung der Pressefreiheit an. Ein christlich-religiös begründeter Staat sei anzustreben.

Der Redetext war diesem "Staatsmann" erst kurz vor seinem Auftritt übergeben worden. Er hat ihn abgelesen.

Dr. Goebbels verbot den Zeitungen, die Ansprache zu veröffentlichen und ließ die Restauflage eines Sonderdrucks beschlagnahmen. Die ***Frankfurter Zeitung*** hatte in einem Teil der Auflage den Text ausführlich zitiert.

Zwei Tage später versuchte **Hitler** zunächst die Attakken **v.Papens** abzufangen, indem er das Vorgehen von **Dr. Goebbels** dem sich beschwerenden Vizekanzler gegenüber verurteilte und vorschlug, Differenzen **Hindenburg** gemeinsam vorzutragen. Die erwogene Unterredung fand dann allerdings nicht statt, nachdem **v. Papen** Vorwürfe **Hitlers** zum Anlaß nahm, seinen Rücktritt zu erklären. Möglicherweise gehörte das von Anfang an zu seinem Plan in der Hoffnung, **v. Hindenburg** würde im Krisenfall eher ihn als **Hitler** unterstützen.

Vor dem Siegertribunal in Nürnberg sagte Reichswirtschaftsminister **Funk** aus, er hätte von **Hitler** den Auftrag erhalten, **v. Hindenburg** vorzutragen, daß sich der Vizekanzler gegen die Politik der Regierung gestellt habe und deshalb entlassen werden müsse.[40) S. 326] Über diese Initiative ist jedoch nichts Näheres bekannt geworden. Grundsätzlich jedoch rügte der Reichspräsident das eigenwillige Vorgehen des Vizekanzlers. Gleichwohl bestand er auf der Vermeidung einer Regierungskrise. Der "Papen-Zwischenfall" hatte indessen erhebliches Echo in der internationalen Presse ausgelöst.[40) S. 321]

In dieser nun offenkundig gewordenen Regierungskrise flog **Hitler** am 21. Juni ohne **v. Papen** -- dieser war ja zurückgetreten -- nach Neudeck/Ostpreußen. **Hindenburg** hatte anläßlich des Wirbels um die **Papen**-Rede vorab den Reichswehrminister Generaloberst **v. Blomberg** zu sich zitiert. Auf der Schwelle des Schlosses begrüßte dieser neben **Oscar v. Hindenburg** und **Dr. Meißner** den Reichskanzler mit seiner kleinen Mannschaft und eröffnete ihm, er sei bereits nach Neudeck beordert worden, um die Maßnahmen zum Schutz des inneren Friedens zu besprechen.

"Wenn nicht in den nächsten Tagen eine völlige Entspannung der Lage eintrete, wozu unter allen Umständen die Vermeidung einer Kabinettskrise notwendig sei, dann müsse der kleine Belagerungszustand verhängt werden.

Der Herr Reichspräsident sei bedauerlicherweise so leidend, daß er keinen längeren Vortrag des Herrn Reichskanzlers entgegennehmen könne, weswegen er ihn, Blomberg, mit dieser Berichterstattung beauftragt habe.

In Schweigen erstarrt die Gruppe um Hitler! Heiser vor Erregung fordert der Kanzler schließlich eine Besprechung mit Hindenburg, die ihm -- ohne Begleitung -- gewährt wird. In Gegenwart Blombergs bestätigt der Reichspräsident kurz die Mitteilungen des Reichswehrministers." [22) S. 91]

Der französische Zeithistoriker **Max Gallo** schilderte diese Begegnung etwas anders, bekundet aber gleichermaßen den harten Ton des Reichspräsidenten:

*"Was ist mit **Röhm**? Mit der 2. Revolution? Man muß die Ruhe in Deutschland wiederherstellen, das ist die Aufgabe des Reichskanzlers, die Aufgabe des Reichspräsidenten. Das Land braucht Ordnung und das Heer Ruhe, um die Verteidigung des Reiches aufzubauen. Die Worte klingen wie Befehle."* [23) S. 164]

Unverkennbar hat Vizekanzler **v. Papen** die Krise verschärft und terminiert, zumal er in ihrer Größenordnung nicht zu verharmlosende konservative Hintergrundkreise repräsentierte. Bleibt festzustellen: die Kräfte um den Vizekanzler, die Reichswehrführung und **Röhm** haben unabhängig voneinander die Nachfolge des Reichspräsidenten jeweils für eigene Interessen auszunützen versucht, was insgesamt den Staatsnotstand ausgelöst hat.

Reichspräsident, Reichswehr und auch **Göring** (Reichsminister, Reichskommissar für die Luftfahrt, Reichstagspräsident, Ministerpräsident von Preußen und Chef der dortigen Polizei) waren für die Reichsregierung in diesen Tagen unverzichtbare Garanten der Macht. **Hitler** stand faktisch vor ihrem Ultimatum. So instabil war plötzlich seine Kanzlerschaft -- trotz NSDAP, SS usw.

Konnte er Ende Mai nach der Unterredung mit **v. Hindenburg** noch zur Ordnung rufen, SA-Urlaub befehlen, "ausreifen lassen", so war jetzt die Ausschaltung der konspirativen Kräfte um den Vizekanzler sowie von **Ernst Röhm** und seinem engsten Führungskreis bei Vermeidung einer Regierungskrise gefordert. Hierbei blieb offen, wie dies im einzelnen zu geschehen habe. Ihrer Macht sichere, mit der Psyche und den Arbeitsbedingungen **Hitlers** bestens vertraute Regisseure im Hintergrund sorgten für eine kurzfristige blutige Lösung, die **Hitler** so gar nicht vorgesehen hatte. Hierbei müssen Geheimdienste eingegriffen haben, gewiß auch Initiatoren in der Reichswehrführung, die sich womöglich schon damals als "Widerstandskämpfer gegen das Regime" verstanden haben, was freilich die überstürzt handelnden Exekutoren aus dem Befehlsbereich **Görings** nicht entschuldigt.

In einer unmittelbar auf den Besuch in Neudeck angesetzten Unterredung erreichte **Hitler** bei **v. Papen** die Rücknahme seiner Demission. Da sich inzwischen noch weitere Oppositionelle als Nutznießer der erwarteten Staatskrise bemerkbar gemacht hatten, ließ **Göring** mit Hilfe von Reichswehr-, SS- und Polizei-Dienststellen Verdächtige bzw. Beschuldigte auf Listen erfassen. Eine solche Vorsorgemaßnahme entsprach den üblichen Gepflogenheiten, wie das in allen Ländern der Welt der Fall ist. Erst die spätere Handhabung dieser Listen bleibt zu kritisieren.

Am 25. Juni wurde **Edgar Julius Jung** in Berlin verhaftet. Er gehörte zu den Akteuren aus dem Kreis um den Vizekanzler. **V. Papen** formulierte die Eigenschaft seines Privatsekretärs so:

*"Sein Fehler war es, von allen Dächern zu rufen, daß er die Seele des **Papen**'schen Widerstandes sei."* [36) S. 364]

Jung hatte nicht nur dessen Rede vom 17. Juni verfaßt, sondern -- wie es andere schilderten -- zu unbekümmert auf sich als kommende politische Größe durch Bekämpfung des Nationalsozialismus aufmerksam gemacht,

"der seit Monaten schon seine Anstrengungen vervielfacht, um das neue Regime zu stürzen." [23) S. 104]

Bei der Durchsuchung des Büros und der Wohnung von **Jung** wurde eine Liste zu Tage gefördert, auf der die beabsichtigten neuen Minister verzeichnet waren, so u.a. **v. Papen**, **Kurt v. Schleicher**, General **Ferdinand v. Bredow**, **Karl Goerdeler** und Ministerialdirektor im Verkehrsministerium **Erich Klausener**.[27) S. 269] Letzterer hatte noch am 24. Juni als Vorsitzender der Katholischen Aktion auf dem Katholikentag in Berlin die Regierung scharf angegriffen.[3) S. 173]

40) IMT, Bd. XVI.

In seiner Vernehmung belastete **Jung** für das gemeinsame Vorhaben zudem noch den Leiter der Pressestelle v. Papens, **Herbert v. Bose**. Dieser hatte als letzten Schritt seiner Bemühungen den Vizekanzler mit einer umfangreichen Beschwerdeakte ausgestattet und ihn für den 30. Juni beim Reichspräsidenten zur Audienz angemeldet mit dem Ziel, einen Regimewechsel herbeizuführen. **Papen** sollte **v. Hindenburg** veranlassen, per Notverordnung den Staatsnotstand zu verkünden und **Hitler** als Reichskanzler zu entlassen. [18) S. 209 - 212 + 24) S. 20]



Einige der Opfer des 30. Juni 1934

"Im Sommer 1932 war die Welt auf dem Obersalzberg noch in Ordnung. Umgeben von zünftigen 'Krachledernen' besprach Hitler mit seinen Getreuesten die Lage.

Von links nach rechts:

Oben: Gregor Strasser, Ernst Röhm, Hermann Göring, Adjutant des Führers Wilhelm Brückner.

Mitte: Breslaus Polizeipräsident Edmund Heines, Frau Elisabeth v. Schleicher.

Unten: SA-Gruppenführer Karl Ernst, der eh. bayerische Ministerpräsident Gustav v. Kahr, Exkanzler General Kurt v. Schleicher."

-- *Das Dritte Reich -- Zeitgeschehen in Wort und Bild*, John Jahr Verlag Hamburg, o. J. Nr. 4., S. 139, Chefredakteur Dr. Christian Zentner --

Diese Ermittlungsergebnisse unmittelbar vor dem 30. Juni strapazierten zweifellos die Nerven bei **Hitler** und **Göring**, zumal ihnen bekannt gewesen sein mußte, was sich selbst bei Ausländern herumgesprochen hatte,

"daß alle möglichen Gerüchte damals in Berlin kursierten und daß maschinengeschriebene Listen von Hand zu Hand gingen, die die Zusammenstellung der neuen Kabinette enthielten. Das alles geschah mit einer Sorglosigkeit, die mehr als einen ausländischen Beobachter erzittern ließ." [23) S. 107]

Papen hat es verstanden, seine persönlichen Aktivitäten jener Tage geschickt zu tarnen. Klare Beweise des Hochverrats gegen ihn wurden nicht gefunden, oder man hat sie, um noch größeren Schaden zu verhindern, unterdrückt.

Göring hatte während der Ereignisse um den 30. Juni 1934 **v. Papen** die Schutzmaßnahme des Hausarrestes auferlegt. In wiederholten Briefen während des Juli 1934 versicherte **v. Papen** dem Reichskanzler überschwenglich Treue und beglückwünschte ihn für die Niederschlagung der SA-Revolte. Wenngleich er sich auch weigerte, bis zur erbetenen Ehrenerklärung für seine Person die Ämter als Vizekanzler und Saarkommissar weiterhin auszuüben, so schrieb er doch **Hitler** nach dessen Rechenschaftsbericht vor dem Reichstag am 13. Juli:

"Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Nachdem Sie gestern abend der Nation und der Welt den großen Rechenschaftsbericht der inneren Entwicklung, die zum 30. Juni führte, gegeben haben, habe ich das Bedürfnis, Ihnen wie einst am 30. Januar 1933 die Hand zu drücken und zu danken für alles, was Sie durch die Niederschlagung der beabsichtigten zweiten Revolution und durch die Verkündung unverrückbarer staatsmännischer Grundsätze dem deutschen Volke neu gegeben haben.

Schmerzvolle tragische Umstände haben verhindert, daß ich zum erstenmal seit dem 30. Januar nicht an ihrer Seite erscheinen konnte. Sie selbst haben mich dispensiert und haben Verständnis dafür gehabt, daß der Vizekanzler nicht auf der Ministerbank Platz nehmen kann, solange er sich unter einem Sonderregime befindet. ..." [40) S. 403 - 404]

Wenn er auch in seinem Brief anschließend erwähnt, **Hitler** habe vor dem Reichstag Verdächtigungen seiner Person, an hochverräterischen Umtrieben beteiligt gewesen zu sein, in Abrede gestellt, so ersuchte er ihn doch anschließend -- zum wiederholten Male -- noch zu bestätigen, daß er sich stets loyal verhalten habe. **Hitler** ist darüber hinweggegangen.

Papen hat indessen unmittelbar nach dem Mord an dem österreichischen Bundeskanzler **Engelbert Dollfuß** am 25.7.1934 den ihm dringend nahegelegten Posten des deutschen Gesandten, später Botschafters, in Wien und ab April 1939 des deutschen Botschafters in Ankara angenommen. **Papen** verblieb in diesem Amt bis zum 2.8.1944, als die Türkei unter Druck der Alliierten die Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen hatte. **Hitler** verlieh ihm nach Rückkehr zum Führerhauptquartier das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes.

Das Siegertribunal in Nürnberg hat **v. Papen** 1946 freigesprochen, was jedoch die neuen deutschen Behörden nicht hinderte, ihn sofort wieder unter Polizeiaufsicht zu stellen und ihn unentwegten Schikanen auszusetzen. Eine "Spruchkammer" verurteilte ihn am 1.2.1947 als *"Steigbügelhalter **Hitlers**"* u.a. zu 8 Jahren Zwangsarbeit ("Arbeitslager"), Vermögens- und Pensionsentzug sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Zwischenzeitlich verbrachte **Robert Kempner** als Chefankläger der Amerikaner ihn erneut ins Gefängnis nach Nürnberg.

Röhm und andere Strategen im Juni 1934

Die Reichswehrführung machte sich gleichermaßen Gedanken über eine Nachfolgeregelung in der Reichspräsidentenfrage. So fanden sich am 16. Mai auf einer Kommandeurstagung in Bad Nauheim die maßgebenden Offiziere unter dem Vorsitz des Chefs der Heeresleitung, **Frhr. v. Fritsch**, ein, um die Führungsverhältnisse im Falle des Ablebens von **Hindenburg** zu klären. Erst als Reichswehrminister **v. Blomberg** über die von **Hitler** -- offenbar am 11. April anläßlich einer Marineübung in Anwesenheit von **Fritsch** und Admiral **Erich Raeder** -- erhaltene Versicherung berichtete, derzufolge die Wehrhoheit der Wehrmacht garantiert und **Röhm** entmachtet werden sollte, beschlossen die Anwesenden, die uneingeschränkte Führung des Reichskanzlers zu unterstützen.

In Vollzug der Unterredung mit dem Reichspräsidenten am 28. Mai hat **Hitler** am 4. Juni 1934 **Röhm** zu einer mehrstündigen Besprechung unter vier Augen empfangen. Ein Protokoll hierüber existiert nicht, doch ist zu unterstellen, daß das gesamte Spektrum der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands erörtet worden ist. Gefährdete Abrüstungsverhandlungen verlangten eine Reduzierung und Entwaffnung der SA, die SA habe sich nicht in Reichswehrangelegenheiten einzumischen, die SA sei eine Organisation der Partei und habe sich den Befehlen der Staats- und Parteiführung zu fügen, den zahlreichen Beschwerden über undisziplinierte Eigenmächtigkeiten zahlreicher SA-Führer ist abzuhelfen. Jegliche vor- und nachmilitärischen Übungen sind zu beenden, SA-Auftritte im Juni einzudämmen. Für den Monat Juli ist die SA in Urlaub zu schicken. Damit haben jegliche Veranstaltungen und Versammlungen zu unterbleiben. Der Presse werde am 7. Juni amtlich mitgeteilt, daß Minister **Röhm** *"auf Anraten seiner Ärzte für mehrere Wochen in Urlaub gehe"*.

Am selben Tag sah sich Reichsinnenminister Dr. **Frick** veranlaßt, einen scharfen Ton anzuschlagen. In einem Runderlaß an die Behörden und Organisationen wiederholte er die beendete Revolution und die Strafandrohung für jene, die das nicht zur Kenntnis nehmen wollen.[2) S. 220]

Zwar hatte sich **Röhm** zu einem mehrwöchigen Krankheitsurlaub in den oberbayerischen Kurort Bad Wiessee am Tegernsee zurückgezogen, doch erst am 10.6. seinen barschen Abschiedsbefehl an die SA erlassen. Er sorgte Mißtrauen und Krisengerüchte aller Art. Dort heißt es nach Bekanntgabe seines rheumatischen Leidens und dem angesetzten Urlaub für die SA im Juli:

"... Ich erwarte, daß am 1. August die SA wieder voll ausgeruht und gekräftigt bereitsteht, um ihren ehrenvollen Aufgaben zu dienen, die Volk und Vaterland von ihr erwarten dürfen.

Wenn Feinde der SA sich in der Hoffnung wiegen, die SA werde aus ihrem Urlaub nicht mehr oder nur zum Teil wieder einrücken, so wollen wir ihnen diese kurze Hoffnungsfreude lassen. Sie werden zu der Zeit und in der Form, in der es notwendig erscheint, darauf die gebührende Antwort erhalten. Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands!" [30) S. 81]

Die Folge war eine Lawine von Gerüchten, in denen auch (fälschlicherweise) **Gregor Strasser** und **Kurt v. Schleicher** als Mitputschisten genannt waren, Falschmeldungen und sogar fingierten SA-Befehlen. Die Akteure dieser Szenerie sind nie bekannt geworden. **Hitler** jedenfalls hat das nicht veranlaßt, wurde er doch selbst Opfer dieser Intrigen. Kein ernsthafter Historiker hat bisher Gegenteiliges behauptet, geschweige denn bewiesen. Die psychologischen Spannungen wuchsen, führende Generale der Reichswehr befürchteten ernsthaft einen bevorstehenden Überfall der SA.

Mitte Juni 1934, soeben vom Treffen mit **Benito Mussolini** in Italien zurückgekehrt, äußerte **Hitler** noch auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof neuerlich seinen Unmut über die Unnachgiebigkeit der Kreise um **Röhm**:

"Mit dem Gerede von der »zweiten Revolution« trennt mich die SA von allen vernünftigen Elementen. ... Ich bin kein Lenin. Ich will Ordnung." [1) S. 135]

In jenen Tagen war es, da SA-Obergruppenführer **Viktor Lutze** anläßlich einer Übungsreise General **v. Reichenau** von einem Brief an **Röhm** Kenntnis gab,

*"in dem er, **Lutze**, **Röhm** ernsthaft vor der Durchführung seiner Maßnahme gegen die Reichswehr gewarnt habe."* [30) S. 51]

Daß **Röhm** sogar Vorhaltungen seiner Wehrvorstellungen wegen aus höheren SA-Kreisen erhalten und der inzwischen zum Generalmajor beförderte Chef des Wehrmachtamtes **v. Reichenau** dies von einem SA-Obergruppenführer erfahren hat, dürfte auch den Reichswehrminister **v. Blomberg** nachhaltig beeindruckt und dort eingegangene Informationen ähnlicher Art bestätigt haben.

*"Das muß auch als Ursache dafür angesehen werden, daß die weiteren Nachrichten über Pläne und Absichten **Röhms** nicht mehr ernsthaft überprüft wurden. So ist es möglich gewesen, daß maßgebende Dienststellen des Reiches einschließlich der Reichswehr ohne Bedenken Nachrichten über Putschabsichten und Meuterei Glauben schenkten."* [30) S. 51]

Am 18.6.1934 legte **Göring** dem Kanzler einen Bericht des Polizeigenerals **Kurt Daluege** über Briefkopien und Abhörergebnisse der Telefonüberwachung von SA-Führern aus dem engeren Umfeld von **Ernst Röhm** vor, in denen eine Fülle respektloser Äußerungen über *"den Führer und seine Minister"* aufgezeichnet waren.[23) S. 154] Die nach außen hin demonstrierte Geschlossenheit erwies sich hier als Heuchelei. Und das war gefährlich.

In diesen Tagen sind offensichtlich auch von Widerständlern der Abwehr, möglicherweise oder sogar in Zusammenarbeit mit anderen "interessierten Kreisen" Aktionen in die Wege geleitet worden, die auf eine Eskalierung der Gegensätze zwischen Reichswehr, SA und Staatsführung hinzielten. Sie tragen in jedem Fall die Handschrift von Geheimdiensten, die hinter dem Rücken **Hitlers** zum

Schaden des Reiches tätig wurden. Es sind nicht nur gefälschte SA-Befehle in Umlauf gesetzt oder auch nur zielgerichtet bestimmten Behörden zugeleitet worden. In einem Fall wurde sogar eine unerkannt gebliebene Person in Bewegung gesetzt, die sich beim Stabschef des Wehrkreiskommandos VI in Münster, Oberst **Franz Halder**, als angeblicher SA-Obergruppenführer vorstellte. Er wollte sich angesichts des bevorstehenden SA-Putsches schon vorab in sein neues Arbeitsgebiet, das er von **Halder** übernehmen solle, einweisen lassen. So jedenfalls der Bericht **Halders.**[30) S. 49-50] Dem Initiator mußte klar gewesen sein, daß **Halder** ablehnen und sofort den Chef der Heeresleitung in Berlin, Generaloberst **Frhr. v. Fritsch**, davon unterrichten würde.

Daß jener "SA-Obergruppenführer" nicht namhaft gemacht wurde und spurlos verschwinden konnte, so daß selbst **Halder** ihn schließlich für einen Provokateur hielt, bleibt mysteriös, sieht jedenfalls ganz nach Geheimdienstarbeit aus. Wir kennen aus den Zusammenhängen der "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 die Verwendung von SA-Uniformen seitens terroristischer Provokateure zur Bekämpfung des Dritten Reiches.[41)] Solche Methoden waren 1934 noch viel leichter durchzuführen. Und daß es grenzübergreifende Organisationen gab, die von Beginn der Machtübernahme durch **Hitler** lautstark Krieg gegen Deutschland führten, sollte man hierbei nicht vergessen.

Mittlerweile waren bei **Fritsch** weitere alarmierende Meldungen aus verschiedenen Orten eingegangen. Als gar bekannt wurde, **Röhm** habe sich mit seinen Unterführern in München und Bad Reichenhall getroffen, wies **v. Fritsch** am 24.6. die Wehrkreisbefehlshaber an, ihre Truppen unauffällig in Alarmbereitschaft zu versetzen, *"was einer Teilmobilmachung des Heeres gleichkam"*,[27) S. 268] nicht ohne die Offiziere auf *"sichere Quellen"* hinzuweisen, aus denen hervorgehe, daß die SA einen Staatsstreich plane.[23) S. 173]

Durch die plötzliche Ausstoßung **Röhms** aus dem "Reichsverband der Deutschen Offiziere" am 25. Juni 1934 wurde der "Diktator" unmißverständlich von der Reichswehrführung unter Zugzwang gesetzt. Denn diese Ausstoßung, zumal zu diesem Zeitpunkt, war auch eine Provokation **Hitlers** und der gesamten SA. Immerhin war **Röhm** noch Reichsminister und -- wie den eingeweihten Kreisen bekannt, der einzige Duzfreund das Kanzlers. Hier hatten zweifellos ranghohe Reichswehrgeneräle die Initiative ergriffen und dem Reichskanzler deutlich gemacht, wie ernst es jetzt um die schon von **Hindenburg** Tage zuvor gestellten Forderungen zur Ausschaltung **Röhms** bestellt ist.

Der SA blieben die Vorbereitungen von Reichswehr und Polizei nicht verborgen, hat sie als gegen sich gerichtet aufgefaßt und reagierte entsprechend. Während **Halder** meinte, **Hitler** habe tatsächlich Pläne gegen die Reichswehr vorbereitet, erwies sich doch, daß die Akteure dieser Machenschaften weder **Hitler** noch **Röhm** waren.[30) S. 49-50]

Kennzeichnend für die damalige Situation ist *"eine Flut von Nachrichten über Revoltegelüste der SA"*,[18) S. 102] von der führende Reichswehroffiziere überspült worden waren. Deren Quelle wird vielfach bei **Himmler** und **Heydrich** vermutet. Nachgewiesen ist das nicht. Diese Dokumentenfälscher, Intriganten und Hetzer haben eine so offensichtlich SA-feindliche Lawine in Bewegung gesetzt, daß ihre Strategen eher in Geheimdiensten zu suchen sein dürften, die mit der Reichswehr, womöglich sogar mit "heiligen Kriegern" im Ausland in Verbindung standen, als mit Führungskreisen der deutschen Polizei.

Nach Berücksichtigung aller in Jahrzehnten gesammelter Erkenntnisse erscheint es ausgeschlossen, daß **Hitler** selbst irgendjemandem Befehle für Falschmeldungen zwecks Forcierung dieser Gegensätze erteilt habe. Lange über den Zeitpunkt von beunruhigenden Meldungen hinaus hatte **Hitler** nachweislich bis zuletzt immer wieder gezögert, gegen die SA-Führung vorzugehen, waren es doch seine Leute, die jahrelang unter Einsatz ihres Lebens geholfen hatten, der NSDAP zur Macht zu verhelfen. Bis zuletzt hat er Alarmmeldungen stets skeptisch aufgenommen. Andererseits hätten weder **Himmler** noch **Heydrich** -- beide waren erst 2 Monate zuvor in ihre Ämter, der eine als Leiter der Politischen Polizei (mit Ausnahme von Preußen), der andere als Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, berufen worden -- es wagen können, eigenmächtig solches in Szene zu setzen.

Eher liegt die Vermutung nahe, daß auch **Göring**, **Himmler** und **Heydrich**, nicht minder **Sepp Dietrich**, der dem Reichswehrministerium eine angebliche SA-Liste mit den Namen zu liquidierender hoher Reichswehroffiziere vorgelegt hatte,[23) S. 186] von anonym gebliebenen Kräften getäuscht und aufgeputscht worden waren. Doch von wem? Das ist leider angesichts der schließlich schrecklichen Ergebnisse, der gesetzlichen Rechtenserklärung vom 2. Juli, dem nachfolgend verfügten Schweigen über interne Zusammenhänge und der nachfolgenden Entwicklung nicht mehr untersucht worden bzw. bekannt geworden.

*"Am 25. Juni lag auf dem Schreibtisch des Abwehrchefs (Kapitän zur See **Conrad) Patzig** ein Papier, in dem **Röhm** die SA anwies, sich voll zu bewaffnen. Aus diesem angeblichen Befehl folgerte er einen unmittelbaren Überfall auf die Reichswehr."* [27) S. 268 + 19) S. 211 + 23) S. 187]

Am selben Tag warnte **Rudolf Heß** im Rundfunk vor Unvernunft, falsch verstandenem Eifer und Verrat in den eigenen Reihen. Sollte diese Ansprache nicht von **Hitler** als Reaktion auf die Unterredung mit **v. Hindenburg** angeregt worden sein, so wäre sie ein zusätzlicher Beleg für den erheblichen Grad der öffentlichen Besorgnis.

"Wir haben dann und wann das Gefühl, daß hier oder dort Saboteure am Werke sind. Gleich, hinter welcher Front sie sich verbergen, ... wir werden sie eines Tages doch zu finden wissen. ...

Zu einer besonderen Vorsicht möchte ich jene idealistischen Leichtgläubigen unter meinen Parteigenossen mahnen, die manchmal in der Erinnerung an den Heroismus und die herrliche Kameradschaft in den Kampfzeiten der Bewegung dazu neigen, sich Provokateuren zuzuwenden, die Volksgenossen gegeneinanderzuhetzen versuchen und dieses verbrecherische Ziel mit dem Ehrennamen einer »zweiten Revolution« bemänteln.

Wir wissen, daß im Lauf der langen Geschichte ausländische Mächte Deutschland immer wieder durch Deutsche bekämpfen ließen. Es ist historische Tatsache, daß

41) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 62, S. 10 ff.

der Umsturz von 1918 vorwiegend durch das Ausland finanziert und durch seine Agenten vorangetrieben wurde.

Was ist näherliegend, als daß die Gegner des heutigen Deutschlands versuchen, es mit den gleichen Methoden zu bekämpfen und unter dem Namen einer »zweiten Revolution« eine Revolte gegen die nationalsozialistische Revolution inszenieren möchten. ...

Der Befehl des Führers, dem wir Treue schworen, allein hat Geltung. Wehe dem, der die Treue bricht, im Glauben, durch eine Revolte der Revolution dienen zu können. Armselig, die da glauben, auserwählt zu sein, durch agitatorisches Handeln von unten dem Führer revolutionär helfen zu müssen. ***Adolf Hitler*** *ist Revolutionär größten Stils. ...*

Wehe dem, der plump zwischen die feinen Fäden seiner strategischen Pläne hineintrampelt im Wahne, es schneller machen zu können. Er ist ein Feind der Revolution -- auch wenn er im besten Glauben handelt. Nutznießer wären die Feinde der Revolution, sei es im Zeichen der Reaktion, sei es im Zeichen des Kommunismus. ..." [42) S. 230 - 231]

Hermann Göring setzte einen Tag später nach: Das Vertrauen, das sich die nationalsozialistische Regierung in weiten Teilen des Volkes erworben habe, dürfe von niemandem untergraben werden.

"»Wer gegen dieses Vertrauen sündigt, hat sich um seinen Kopf gebracht. ...

Sollte eines Tages das Maß voll sein, so schlage ich zu.«" [1) S. 150]

Röhm mußte diese Warnungen nicht nur vernommen, sondern auch den Schluß gezogen haben, daß **er** gemeint war, seine Umtriebe in der Parteiführung bereits weite Kreise gezogen haben und es höchste Zeit sei, zurückzustecken.

"Trotzdem demonstrierten und bewaffneten sich Teile der SA, und nicht wenige ihrer Führer sprachen davon, daß man die eigenen Ziele notfalls auch mit Gewalt durchsetzen müsse." [1) S. 150]

So überfielen SA-Trupps zu dieser Zeit höchster Spannung sogar einzelne Waffentransporte der Reichswehr, verhafteten deren Offiziere, stellten Listen über Personen zusammen, die sich bei der SA mißliebig gemacht hatten und die man im Eventualfall auszuschalten gedachte.

Der Staatsanwalt im Preußischen Justizministerium, **Dr. Curt Joel**, der im Januar 1934 nach Vereinigung des Preußischen mit dem Reichsjustizministerium der neu geschaffenen "Zentralen Staatsanwaltschaft" überstellt worden war und dort als unerschrockener und aktivster Mann zur Unterbindung rechtswidriger Eigenmächtigkeiten in Ausnützung zurückliegender "Verdienste für die Bewegung" tätig wurde, erklärte nach Kriegsende dem Militärtribunal in Nürnberg, daß sowohl **Rudolf Diels** als auch er und sein Mitarbeiter **Werner v. Haacke**

"auf der Liste der Personen verzeichnet waren, die die SA nach dem Gelingen des sogenannten ***Röhm****-Putsches »umzulegen« beabsichtigte."* [2) S. 228]

Eine solche Liste, die selbst der Polizei bekannt war, dürfte auch **Hitler** vorgelegen haben. Über Art, Inhalt und Zeitpunkt ihrer Auffindung herrscht allerdings anhal-



"Der Kunstmaler und Graphiker Martin Schätzl aus München, der im Februar 1931 in die SA eingetreten war, wußte vom Mordplan gegen Adolf Hitler. Am 1. Juli 1934 wurde der SA-Obertruppführer, der seit dem 1. Februar 1934 dem Stab des Obersten SA-Führers (Adjutantur) angehört hatte, von der SS im Konzentrationslager Dachau erschossen."

-- Hans-Günter Richardi / Klaus Schumann, "Geheimakte Gerlich/Bell -- Röhms Pläne für ein Reich ohne Hitler", München 1993, S. 73.

tendes Schweigen. **Dr. Joel** hatte keine Veranlassung, **Hitlers** Einschreiten gegen **Röhm** mit einer solchen Feststellung noch nachträglich zu rechtfertigen. Es ist nicht publik geworden, daß bislang jemand die Existenz einer solchen Liste bestritten hat. Freilich ist nicht auszuschließen, daß einer der konspirativen Hintergrundakteure eine solche Liste gefälscht und in zeitgerecht Umlauf gebracht hat.

Dr. Curt Joel wurde nach 1945 als "Kriegsverbrecher" zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. **Rudolf Diels** hätte ihm für seine Amtstätigkeit ab 1933 "*das Ritterkreuz für Zivilcourage*" gewünscht. [2) S. 225]

Noch Ende Juni 1934 verteilten einzelne SA-Trupps Waffen, bereiteten Inhaftierungsräume vor, verhängten Urlaubssperren, verharrten in Alarmbereitschaft.

"Da es zu solchen Handlungen gleichzeitig an verschiedenen Orten in Deutschland kam, wurden diese nur lokal zu verantwortenden Aktionen als zentral gesteuerte Maßnahmen der obersten SA-Führung gedeutet. ...

Außenstehende konnten jedenfalls nicht unterscheiden, was von ***Röhm*** *und seinem Stab befohlen oder geduldet, was ihnen vielleicht auch gar nicht bekannt geworden war."* [24) S. 21]

Die auf das Dritte Reich zukommende Staatskrise infolge der Initiativen **Röhms**, des **Papen**-Kreises, schließlich der Reichswehr und Geheimdienste erhielt zusätzlich dramatische Akzente durch das unentwegte Gerede der ausländischen Diplomaten von dem baldigen Sturz des ns-Regimes, das sich verstärkt in der internationalen Presse niederschlug. Dort bekanntgemachte Einzelheiten konnten z.T. nur von internen Kenntnissen aus der Führungsriege des Dritten Reiches stammen. Unfaßbarer, schleichender Verrat steigerte **Hitlers** Unruhe.

SA-Gruppenführer **Viktor Lutze** war unmittelbar nach Rückkehr **Hitlers** von Schloß Neudeck am 23.6. in die Reichskanzlei befohlen worden. Hierzu notierte er in seinem Tagebuch:

"Dort empfing mich der Führer sofort, ging mit mir in sein Arbeitszimmer, verpflichtete mich mit Handschlag und durch besonderen Eid zum Schweigen bis zur Erledigung der ganzen Angelegenheit.

Röhm *müsse abgesetzt werden, da unter seinen Augen zahlreiche Führerbesprechungen in der SA stattgefunden hätten, in denen der Entschluß gefaßt worden sei, die SA zu bewaffnen und gegen die Reichswehr marschieren zu lassen, um ihn, den Führer, der angeblich ein Gefangener der Reichs-*

42) Gerd Rühle, "Das Dritte Reich. Das 2. Jahr - 1934", Berlin.



"Hitler und Mussolini in Venedig am 14. Juni 1934 nach der Landung auf dem Flugplatz San Nicola"

-- Max Domarus "Hitler -- Reden 1932 bis 1945 -- kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen", aaO. Bd. I, S. 432/433 --

wehr sei, aus den Händen der Militärs zu befreien.

Der Führer sagte, er hätte von vornherein gewußt, daß ich zu solchen Sachen nicht hinzugezogen würde. Ich solle von jetzt ab keine Befehle von München mehr befolgen, nur noch seine eigenen." 18) S. 100

Kurz danach hat **Hitler** auch Reichswehrminister **v. Blomberg** gleichlautend informiert bzw. den von ihm (**Hitler**) erwarteten Ausführungsbeschluß bestätigt.

*"**Blomberg** zeigte **Hitler** eine offensichtlich von **Röhm** am 23. Mai unterzeichnete Anweisung, die allgemeine Waffenbeschaffung für die SA anordnete, damit diese in die Lage versetzt würde, der Wehrmacht gegenüber die Belange der SA erfolgreich zu vertreten."* 43) S. 98

Vielleicht war das Papier gefälscht und **Blomberg** von geheimgebliebenen Interessenten in die Hände gespielt worden. Es wurde nicht geklärt. **Hitler** dürfte es jedoch, ebenso wie auch **Blomberg**, überzeugt haben, zumal ihm verschiedene Belege hierfür aus anderen Quellen schon bekannt waren.

*"Eine ganze Flut neuer Informationen -- Gerüchte, gefälschte Berichte und manipulierte Dokumente -- wurden der Armee zugespielt, um die Zweifler zu überzeugen, daß **Röhm** nach gelungenem Putsch alle höheren Offiziere des Heeres, in erster Linie **Fritsch**, erschießen oder entfernen lassen würde. Gefälschte Listen mit den Namen der Todeskandidaten kamen aus so vielen verschiedenen Quellen, daß man sie für echt halten mußte."* 32) S. 450

Reichswehrminister **v. Blomberg** jedenfalls versetzte die Reichswehr an diesem Tage, dem 28.6.1934, in Alarmbereitschaft. Die Zahl der Mitwisser und Gerüchtemacher steigerte sich und heizte die Stimmung für eine gefährliche Staatskrise auch in den Behörden auf. Hektik und Sorge war die Folge. Der Kreis der Verschwörer schien größer als ursprünglich vermutet, Abwarten nicht mehr ratsam.

Am 28.6.1934 haben sich in München mit Waffen ausgerüstete SA-Einheiten auf dem Königsplatz versammelt, obgleich auch für Ende Juni bereits solcherart Versammlungen von **Hitler** untersagt worden waren. Im SA-Bezirk Hanau-Land habe die Schutzpolizei zur gleichen Zeit 4 SA-eigene Lastwagen mit Gewehren, Pistolen, Karabinern, Maschinengewehren und Munition beschlagnahmt. 31) S. 33

Die sich aus den verschiedensten Quellen überstürzenden Meldungen, in die zweifellos auch fingierte Informationen eingestreut wurden, erweckten nicht nur bei **Hitler** den Eindruck eines umfassenden Aufruhrs der SA.

Der Wehrkreiskommandeur in Schlesien, General **Ewald von Kleist**, hatte kurzerhand den schlesischen SA-Gruppenführer **Heines** zur Unterredung aufgefordert. Dieser versicherte ihm per Ehrenwort, daß die SA nichts gegen die Reichswehr im Schilde führe, und versprach, sofort den Stabschef aufzusuchen, um sich bei ihm darüber zu vergewissern und ihm (**v. Kleist**) dies zu bestätigen. **V. Kleist** setzte seinerseits sofort den Chef der Heeresleitung **v. Fritsch** hiervon in Kenntnis. Der daraufhin ebenfalls unterrichtete Generalmajor **v. Reichenau** meinte *"das mag stimmen, doch nun ist es zu spät."* 18) S. 102 Er wußte von **Blomberg**, daß die Absetzung von **Röhm** beschlossen war und die bereits durchgeführte Alarmierung der Reichswehr vorher nicht mehr zurückgenommen würde.

Auch in der NSDAP hatte sich bereits seit Monaten vielfach Unmut über gewisse SA-Führer breit gemacht, die sich einfach nicht an die Anordnungen der Reichsregierung hielten und sich mehr oder weniger permanent und unbeeinflußbar Übergriffe gegen Bevölkerung und Behörden leisteten. In erster Linie richteten sich derartige Vorwürfe gegen die Gruppenführer **Karl Ernst** von Berlin-Brandenburg und Obergruppenführer **Edmund Heines** in Schlesien. Da **Hitler** als Partei- und Staatschef nahezu alles hinterbracht wurde, er dies in monatelangem Abwarten "reifen" und überprüfen ließ, hatte er am 30. Juni 1934 durchaus einen weitgehenden Überblick darüber, wer aus Gründen der Staatssicherheit ausgeschaltet werden mußte. Seine Liste umfaßte 7 Namen.

Später sollte **Hitler** einmal sagen:

"Es war mir seit Anfang 1933 völlig klar, daß es zu einem Kampf zwischen uns beiden kommen mußte, bei dem einer auf der Strecke blieb. Ich wußte von allen Verbrechen, die dieser Mann und seine Clique beging. ... und ich konnte, durfte nicht eingreifen, wenn ich nicht alles bisher Erreichte aufs Spiel setzen wollte. Unsere effektive Macht damals war sehr gering, von der heute erreichten Gleichschaltung von Partei und Staat war damals noch keine Rede, die Aufrüstung kaum angelaufen, der geringste Anstoß vom Ausland her hätte alles wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen können. Ich wußte auch, daß besonders in Frankreich starke Kräfte auf eine Intervention drängten. Der Wortlaut des Versailler Diktates hätte jederzeit den rechtlichen Vorwand dazu gegeben. ..." 43) S. 92

43) David Irving, "Hitlers Weg zum Krieg", Berlin - München 1979.

Ablauf der Tragödie

"Bei allen Vorgängen um den 30. Juni sind die verschiedenen Einflüsse, die auf Hitler eingewirkt haben, besonders deutlich erkennbar. Für Hitler bestand die Notwendigkeit, einige höhere SA-Führer auszuwechseln. Da werden ihm seit Wochen planmäßig Nachrichten über Putschabsichten, Meuterei, Landesverrat in Teilen der SA zugespielt. Er erliegt genau so wie die höhere Reichswehrführung einer Stimmung, die ein ruhiges Abwägen und Prüfen der eingehenden Nachrichten nicht mehr zuläßt. Jetzt sind es die Parteiführer in seiner Umgebung, die ihn der damals vorherrschenden militärischen Gedankenwelt entsprechend zu einem rücksichtslosen Vorgehen veranlassen." [30) S. 73]

Doch **Hitler** zögerte immer noch.

Am 27. Juni suchten der Reichswehrminister **v. Blomberg** und sein Stellvertreter **v. Reichenau** den Reichskanzler in Berlin auf und drängten ihn zum Handeln, es sei keine Zeit mehr zu verlieren. Die Reichswehr bereite sich auf eine Konfrontation mit der SA vor, ja, **Blomberg** werde die Reichswehr am nächsten Tag in Alarmbereitschaft versetzen.

Der "Diktator" sah sich Einflüssen ausgesetzt, die selbständige Herrschaftsansprüche in Szene setzten, und denen stattzugeben er sich gezwungen sah, wollte er nicht den Bestand des Staates in Frage stellen. Selbst seine Partei schien ihm zu diesem Zeitpunkt nicht widerstandsfähig genug, den trotz Ermächtigungsgesetz auf eine Staatskrise zusteuernden Kräften zu widerstehen.

Röhms ungebrochene Selbstüberschätzung und undisziplinierte Herausforderung der Reichswehr hatte im Juni 1934 einen Grad erreicht, daß **Hitler** seine Stellung als Reichskanzler und damit das gesamte Gefüge des Staates gefährdet sah. Zu viel Mißtrauen, Aufsässigkeit, Beschwerden aus der Bevölkerung und gegen **Hitler** persönlich gerichtete Äußerungen hatten sich angehäuft und bekräftigten den Zwang zum Handeln.

Auch **Röhm** dürfte von der Hektik erfaßt worden sein. **Hitler** teilte er mit, er habe die Absicht, eine Besprechung der höheren SA-Führer anzusetzen und erbitte dazu **Hitlers** Anwesenheit;

"ob ihm Samstag oder Sonntag besser passe, und wohin.

***Hitler** sagt telegrafisch sein Einverständnis und sein Erscheinen zu und bestimmt den 30. Juni und Wiessee. Ja, er selbst erläßt die Einladung an die SA-Führer, mit dem Telegramm, das dem Verfasser (**Otto Strasser**) persönlich vom Adjutanten eines ermordeten Gruppenführers vorgelegt wurde und das wörtlich lautet:*

»Alle Obergruppen- und Gruppenführer haben zu einer Besprechung am 30. Juni, 10 Uhr vormittags, im Stabsquartier des Stabschefs in Wiessee zu erscheinen.

Adolf Hitler«" [22) S. 96]

Nach Abwägen aller publizierten Darstellungen über den Hergang dieser Einladung (der gängigen Version zufolge habe **Hitler** erst am Abend des 28.6. von Essen aus **Röhm** telefonisch zu dieser Einladung aufgefordert) dürfte sich dieser Vorgang tatsächlich so abgespielt haben, wie **Otto Strasser** ihn schildert. Wobei die Frage offenbleibt, welche Hintergedanken **Röhm** bei diesem Vorhaben hatte.

Daß **Hitler** hierbei sehr mißtrauisch war, erweist sich daran, daß er es wohl war, der zeitig die obere Etage des Hanslbauer in Bad Wiessee mit Kriminalbeamten als Kurgäste belegen ließ, so daß **Röhm** mit seinen Mannen vorsorglich auf das Parterregeschoß abgedrängt war.[22) S. 104]

Am Vormittag des 28.6. begab sich **Hitler** nach Essen, um mit **Göring** als Trauzeuge bei der Eheschließung des Gauleiters **Josef Terboven** teilzunehmen. Zur gleichen Zeit bereitete das Reichswehrministerium den Marschbefehl für 2 Schützenkompanien der Leibstandarte Adolf Hitler (LAH) unter Führung von SS-Gruppenführer **Sepp Dietrich** zum Transport mit 35 LKW nach München vor.[44)]

"Derweil rückte ein Bataillon des Infanterie-Regiments 19 aus, um die Straße Schliersee - Tölz - Tegernsee zu sichern. Vorsichtsmaßnahme für den Fall, daß aus München ein Entlastungsangriff der SA für ihre in Bad Wiessee gefährdeten Führer drohe." [27) S. 269]

Während diese Vorbereitungen für die beabsichtigte Verhaftung **Röhms** und seines engsten Führungskreises angelaufen waren, eskalierte jedoch die Situation noch während der Hochzeitstafel **Terbovens**, als **Hitler** mehrfach zum Telefon gerufen wurde und Alarmnachrichten von **Himmler** und **Paul Körner**, dem Leiter von **Görings** Telefon-Abhör- und Überwachungsdienst -- genannt "Forschungsamt" -- erhielt. Am Abend erschien **Körner** persönlich im Essener Kaiserhof mit weiteren Nachrichten. Nicht nur Berlin sei bedroht, sondern anscheinend *"rüste sich die SA im ganzen Land zum Aufstand"*. [18) S. 105]

*"Was **Röhm** gesagt haben sollte, klang dramatisch. Niemand zweifelte mehr, daß die SA jeden Augenblick putschen konnte. ..."*

Inzwischen hatte **Hitler** auch zahlreiche schriftliche Meldungen von **Himmler** eingesehen:

"Sie haben sich vervielfacht. Alle handeln vom SA-Putsch, der sich ankündigt; sie enthalten genaue Hinweise über die Bewaffnung dieser und jener SA-Einheit und die Vorhaben der SA-Männer.

***Hitler** beruft seine Mitarbeiter zu sich. **Göring** ist immer zugegen. **Lutze**, dem der Führer vertraut, nimmt an der Besprechung teil. **Himmler** ruft immer wieder an. Seiner Ansicht*

44) Am 17.3.1933 wurde die zunächst 120 Mann starke SS-Stabswache in Berlin zum Schutz des Reichskanzlers geschaffen, die im September 1933 in "Leibstandarte SS Adolf Hitler" umbenannt wurde. Die nachfolgend aufgestellten "Politischen Bereitschaften" bildeten den Kern der späteren "SS-Verfügungstruppe".

*nach wird die SA die Reichswehr angreifen. In diesem Augenblick kommt vom Sicherheitsdienst des Rheinlandes eine neue Meldung. SA-Leute sollen einen ausländischen Diplomaten im Rheinland belästigt haben. ... Alles an dieser Meldung ist vage. Das Ereignis scheint hochgespielt. Aber **Hitler** tobt. ...*

***Hitler** befiehlt eine sofortige telefonische Verbindung mit **Röhm** ... Er wird, wie besprochen, am 30. Juni um 11 Uhr in Wiessee sein. ...*

*Aber **Hitler** ist immer noch unschlüssig und zögert an diesem Donnerstag, dem 28. Juni. Fest steht nur, daß er nach Bad Wiessee will. Andere wissen, was sie wollen und warum. Sie wissen auch, wie sie es erreichen können.*

*»Ich hatte das Gefühl«, wird **Lutze** später sagen, »daß gewisse Leute ein Interesse daran hatten, die Abwesenheit **Hitlers** zu nützen, um den Gang der Ereignisse zu beschleunigen und zu einer raschen Entscheidung zu kommen.«"* [23) S. 198 - 199]

Auch **Viktor Lutze**, der diese Stunden und Tage mit **Hitler** gemeinsam verbrachte, spürte schon am 28.6. in Essen, daß die "*ununterbrochenen Telefonanrufer*", die auch am Nachmittag unentwegt tätig blieben, die Abwesenheit des Reichskanzlers von Berlin nutzten, um "*die Sache voranzutreiben und zu verschärfen*". [18) S. 106 + 45)]

Hitler schickte **Göring** mit der Vollmacht nach Berlin zurück, er solle auf ein später durchzugebendes Codewort ("*Kolibri*") von Preußen aus den sowohl seitens der SA als auch jener Kräfte um den Vizekanzler **von Papen** befürchteten Putsch niederschlagen. **Körner** solle ebenfalls in sein Amt zurückkehren. **Hitler** wolle im Raum München das Notwendige veranlassen.

Die SA bemerkte zweifellos die seltsamen Vorgänge bei der Reichswehr, einzelne ihrer Einheiten hielten Fahrzeuge an, durchsuchten sie nach Waffen, und formierten sich zu Protestzügen. Freilich waren das alles keine koordinierten Putschmaßnahmen, sondern allenfalls Aktionen beunruhigter Unterführer, die möglicherweise auch fingierten Informationen aufgesessen waren. [27) S. 270]

Am Abend des 29. Juni überreichte der aus Berlin in Bad Godesberg eingetroffene **Dr. Goebbels** aufgeregt die Nachricht von **Dr. Frick**:

*"Die Reichswehr hat **Frick** instruiert, daß bis zum 1. Juli die Ausschaltung **Röhms** publiziert werden muß, widrigenfalls sie eine offzielle Entwaffnung der SA vornehmen würde. **Frick** schickt ihn, **Goebbels**, zur Berichterstattung. In 24 Stunden müsse die endgültige Entscheidung gefällt und durchgeführt sein. **Frick** meint, daß **Göring** und die Reichswehr auch nicht zögern würden, **Hitler** selbst bloßzustellen."* [22) S. 104]

Zwei weitere Nachrichten erreichten **Hitler** in Bad Godesberg um Mitternacht zum 30.6. bzw. um 1 Uhr früh während eines Zapfenstreichs von Einheiten des Reichsarbeitsdienstes am Rheinufer vor dem Hotel Dreesen: die eine von **Himmler** aus Berlin: Die Berliner SA habe für den folgenden Nachmittag die überfallartige Besetzung des Regierungsviertels geplant. Diese Nachricht war falsch, doch das wußte **Hitler** nicht.

*"**Hitler** wußte in Bad Godesberg nicht, daß die Masse der Berliner SA zu dieser Stunde längst beurlaubt worden war."* [18) S. 107]

Himmler ist hierfür nie zur Rechenschaft gezogen worden. So wurde auch nicht geklärt, woher er diese Information hatte. Er hätte damals kaum wagen können, sie selbst zu erfinden. Die geheimen Regisseure dieser Szenerie haben das gewiß bedacht und Geheimdiensten derlei Vorarbeit übertragen, sofern nicht -- was keineswegs auszuschließen ist -- gut informierte Regimegegner zeitgerecht gezielte Falschmeldungen lanciert haben, und sei es auf dem Wege fingierter Telefongespräche, von denen sie wußten, daß sie abgehört wurden.

Die andere Nachricht übermittelte Bayerns Innenminister und Gauleiter **Adolf Wagner**. Er berichtete telefonisch aus München: Dort versammelten sich bewaffnete SA-Einheiten.

Diese Meldungen machten **Hitler** sichtlich betroffen, ja versetzten ihn in zunehmende Erregung. Kein ernstzunehmender Forscher hat bisher behauptet, daß **Hitler** womöglich selbst diese Meldungen arrangiert hätte. Spontan warf er seine bisherigen immer noch unklaren Pläne um, die Augenzeugen zufolge bis dahin zwischen Absetzung und Verhaftung **Röhms** und seines engsten Führungskreises tendierten, und flog schnellstens nach München.

Bei seiner Landung auf dem Oberwiesenfeld nahe München um 4.30 Uhr morgens sah er dann Meuterei als bewiesen an. Denn am Nachmittag des 29.6. war tatsächlich die Schützenstandarte 1 zusammengetreten.

*"3.000 SA-Männer randalierten gegen **Hitler**, Partei und Reichswehr, ehe sie sich von besonnenen Führern zum Nachhausegehen bewegen ließen. Nur die Handzettel blieben zurück, die sie aus ihren Wohnungen gelockt hatten. ...*

»Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns! SA heraus auf die Straße!«"

Es wurde nicht geklärt, wer für diese Flugzettel verantwortlich war. Tatsache ist jedoch, daß auf diesen Aufruf hin die SA-Schützenstandarte 1

"*bewaffnet und feldmarschmäßig durch die Straßen zog*". [27) S. 271]

*"Davon wußte **Hitler** noch nichts, als ihn ein Flugzeug am frühen Morgen des 30.6. nach München brachte. Der ihn erwartende Gauleiter **Adolf Wagner** berichtete von einem mühsam abgewendeten Gewaltstreich der SA in München. Auch seine Begleiter, 2 Offiziere des Wehrkreiskommandos, stellten die Lage als sehr bedrohlich dar."* [27) S. 271]

Diese Nachricht gab den letzten Ausschlag für **Hitlers** weiteres Vorgehen. Es war wirklich verhängnisvoll. Nach den Worten:

"Den letzten Beweis haben mir die Verräter geliefert. Heute Nacht um zwei Uhr ist die SA von München alarmiert und bewaffnet vor der Feldherrnhalle aufmarschiert. Ich warte nicht bis 11 Uhr, sondern handele sofort." [24) S. 21]

Die von der gängigen Geschichtsschreibung kolportier-

45) ***Frankfurter Rundschau***, 14. Mai 1957, Tagebuch **Viktor Lutze**.

te Version der *"handgeschriebenen Handzettel"* erklärt nicht den Aufmarsch von 3.000 Mann in bewaffneter Montur. Da muß im Hintergrund schon mehr organisiert gewesen sein. Das soll nicht heißen, daß die von **Hitler** dafür verantwortlich gemachten Obergruppenführer **August Schneidhuber** und Gruppenführer **Wilhelm Schmid** dafür Befehle dieser Art erlassen oder auch nur davon gewußt haben. Eher ist zu vermuten -- wie das später am 9. November 1938 anläßlich der "Reichskristallnacht" erneut nachweislich geschehen ist --, daß untergeordnete SA-Einheitsführer telefonisch von unbekannt gebliebenen angeblichen "Dienststellen" zur Demonstration "befohlen" worden waren, wobei die Anrufer in Wirklichkeit gut informierte Regimegegner waren. Gegen solche Tücken waren die SA-Einheiten damals nicht gefeit. Und da dies 1934 in der Hektik der Ereignisse nicht untersucht worden ist, konnte das am 9. November 1938 erneut gelingen.

So ist **Hitler** hier zweifellos in eine professionell eingefädelte Falle bis heute noch unbekannt Gebliebener getappt. Er hat zweifellos übereilt, überzogen scharf-brutal, *"in Panik"* [18) S. 107 + 32) S. 451] reagiert. Das Spektrum war umfassend vorbereitet: Da gab es das Drängen **v. Hindenburgs** und der Reichswehrführung, unbedingt -- in welcher Form auch immer -- den Führungskreis um Stabschef **Röhm** auszuschalten. Dann die zeitgleich bekanntgewordenen Verratshandlungen von Hintermännern um den Vizekanzler **v. Papen.** Schließlich die gerade erst eingetroffenen Horrormeldungen von **Göring** und **Himmler** aus Berlin und **Adolf Wagner** aus München sowie die tatsächlich aufgefundenen Beweise von SA-Aufmärschen im Raum München -- wenngleich sie bei **Hitlers** Eintreffen schon in Auflösung begriffen bzw. schon beendet waren.

Hitler begab sich unmittelbar nach der Landung in das bayerische Innenministerium, wohin **Adolf Wagner** die für München zuständigen höheren SA-Führer geladen hatte. Dort riß **Hitler** dem Obergruppenführer **August Schneidhuber** und Gruppenführer **Wilhelm Schmid** die Schulterstücke ab und ließ sie verhaften mit den Worten:

"Sie werden erschossen!"

Die beiden wurden in das Gefängnis nach München-Stadelheim verbracht. Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten sie nicht.

Hitlers Aufenthalt im bayerischen Innenministerium war nur kurz. Er sah sich nach seinen für ihn schockierenden Erlebnissen in München zu *"blitzschnellem Handeln"* veranlaßt. Mit wenigen Begleitern (u.a. **Dr. Goebbels**) fuhr **Hitler** zur Pension Hanslbauer nach Bad Wiessee, wo er um 6.30 Uhr eintraf, und verhaftete dort die aus dem Schlaf geweckten SA-Führer **Röhm, Graf v. Spreti-Weilbach** (Adjutant Röhms), **Edmund Heines** (Obergruppenführer, Schlesien) und **Julius Uhl** (Standartenführer), nachfolgend auch weitere zur Führerbesprechung Anreisende; Nichtbeschuldigte wurden nach München zurückgeschickt. Die Verhafteten wurden zunächst ins Gefängnis nach Stadelheim verbracht. Festgenommen wurden jene, die schon vorher nach zusammengetragenen Erfahrungswerten sich bei den Widersetzlichkeiten **Röhms** hervorgetan hatten oder als Akteure gegen die Anordnungen von Partei oder Staat in Erscheinung getreten waren. Parteiführung und Parteigericht hatten eine Liste über SA-Führer vorbereitet, gegen die aus verschiedenen Gründen konkrete Beschwerden vorgelegen haben. Konsequenzen waren damit allerdings nicht vorweggenommen.

In einer eilig ins Braune Haus nach München zusammengerufenen Führertagung erklärte **Hitler** den stehenden Anwesenden emotionsgeladen:

*"**Röhm** habe Hoch- und Landesverrat begangen, er (**Röhm**) habe ihn (**Hitler**) verhaften und töten wollen, um Deutschland an seine Feinde auszuliefern. **François-Poncet** sei auf der anderen Seite der Hauptakteur, er habe **Röhm** 12 Millionen Mark gegeben. Er lasse sie alle erschießen."* [27) S. 272]

Im Gefängnis München-Stadelheim trafen nach und nach auch die am Münchener Hauptbahnhof auf Veranlassung von Gauleiter **Wagner** verhafteten **Hans-Peter v. Heydebreck** (SA-Gruppenführer von Pommern), **Wilhelm Hayn** (SA-Gruppenführer von Sachsen), **Fritz Ritter v. Krausser** (SA-Obergruppenführer beim Stab, Vertreter Röhms), **Georg v. Detten** (SA-Gruppenführer, Berlin) und **Hans-Joachim v. Falkenhausen** (SA-Oberführer, Berlin) ein. *"Allmählich saß dort die halbe SA-Prominenz ein."* [27) S. 272]

Der damalige bayerische Justizminister **Dr. Hans Frank** schilderte seine Erlebnisse des 30. Juni eindrucksvoll in seinen letzten Aufzeichnungen.[46] Überraschend wurde er vom Direktor des Justizgefängnisses Stadelheim telefonisch darüber informiert, daß seit den Morgenstunden weit über 100 hohe und höchste SA-Führer auf LKWs als Gefangene von SS-Männern eingeliefert worden seien. Er wisse nicht, was dies zu bedeuten und wie er sich zu verhalten habe. Sein Fahrer war bereits unterwegs von der Führerkolonne angehalten worden, bei welcher Gelegenheit **Hitler** ihm mitgeteilt habe, daß er im letzten Augenblick eine Katastrophe für das Reich verhindert habe.

Nach Ankunft in Stadelheim wurde ihm die Liste der inzwischen fast 200 SA-Führer aus nahezu ganz Deutschland vorgelegt. Die meisten waren bereits im Hauptbahnhof München beim Verlassen der Züge verhaftet worden.

Nun fanden sich auch **Sepp Dietrich** und **Prinz Waldeck** mit ihrem LAH-Kommando dort ein und forderten -- den Nachkriegsangaben von **Hans Frank** zufolge -- die Auslieferung *"von etwa 110 auf der Liste angemerkten SA-Führern"*. Nachdem **Dr. Frank** dies verweigerte, folgten dramatische Telefongespräche zwischen **Frank, Hitler** und **Rudolf Heß:**

*"Ich wies **Heß** darauf hin, daß die meisten SA-Führer aus dem Zug, die anderen aus ihren Betten heraus verhaftet worden wären, ohne Waffen, ohne Wissen, ohne Pläne und keines-*

46) Dr. Hans Frank, "Im Angesicht des Galgens", Neuhaus b. Schliersee 1955, S. 139 - 143. -- Die von **Frank** nach 11 Jahren aus dem Gedächtnis angeführten Zahlen erwiesen sich als unzuverlässig.

wegs den Eindruck machten, von einer bewaffneten Putschbewegung weggeholt worden zu sein. Ich sagte auch, daß sich darunter doch hochverdiente Offiziere des Weltkrieges mit höchsten Dekorationen für tapfersten soldatischen Einsatz befänden. Schließlich verwies ich auf die unmögliche Form der Übermittlung eines solchen Befehls. ***Heß*** *sagte mir zu, noch einmal mit dem Führer sprechen zu wollen."*

Nach längerem Warten läutete endlich das Telefon:

"Eine persönliche Aussprache mit mir hatte ***Hitler*** *abgelehnt.* ***Heß*** *teilte mir mit, daß* ***Hitler*** *mit Einwilligung des Herrn Reichspräsidenten Vollmacht habe, unmittelbar alle Maßnahmen ohne Einschränkung durchzuführen, die geeignet sind, den drohenden Putsch zu verhindern. Die Hauptschuldigen seien auf seine Weisung zu erschießen. Ich fragte dann: »Welche?« Und, die Liste in der Hand, hörte ich aus dem Telefon 19 Namen. ... Der Führer hat die Liste überprüft und will sich auf diese beschränken."* [46]

Röhm war nicht mit auf der Liste. Über ihn sollte gesondert entschieden werden. **Frank** hatte die 19 -- Historiker, die dies überprüft haben, berichten von 6 [18) S. 112] -- auszuliefern, weil "*die Existenz des Reiches auf dem Spiele stünde*". -- Die Ausgelieferten wurden erschossen. **Dr. Frank** trug schwer an diesem Verfahren. Wenn er auch zugeben mußte, über viele Zusammenhänge nicht den Überblick gehabt zu haben, so wußte er doch, daß auf Hoch- und Landesverrat die Todesstrafe stand, und die höchste Staatsgewalt, in diesem Fall der Reichskanzler, die letzte Verantwortung dafür zu tragen hat bzw. die letzte "Rechtsinstanz" war. Wie **Hans Frank** in seinen letzten Aufzeichnungen bestätigt, haben **Hitler** zu diesem Zeitpunkt "*klare Beweise*" dafür vorgelegen, daß **Röhm** kurzfristig die SA aufbieten wollte, um **Hitler** zu zwingen, ihm das Kriegsministerium auszuliefern und im Weigerungsfalle "***Hitler** selbst abzusetzen, ja zu töten*". **Hitler** habe ihm später auf dem Parteitag 1934 noch einmal persönlich versichert, daß er "*um einen Plan zu seiner Ermordung wußte, dem er nur knapp zuvorgekommen ist*".[46]

Görings Auftrag für Berlin

Von Bad Wiessee nach München zurückgekehrt, gab **Dr. Goebbels** vom "Braunen Haus" aus an **Göring** nach Berlin das vereinbarte Stichwort "*Kolibri*" durch, um die dort vorbereiteten Maßnahmen durchzuführen. Was genau für dieses Stichwort abgesprochen war, blieb zunächst unbekannt. Vor dem IMT beschrieb **Göring** am 14.3.1946 diesen Auftrag so, daß er sofort in Norddeutschland gegen die betreffenden Männer des **Röhm**kreises vorzugehen habe.

"Ich übertrug die Verhaftung der Polizei, die damals auch schon in Preußen unter ***Himmler*** *und* ***Heydrich*** *stand. Lediglich das Hauptquartier* ***Röhms****, der selbst nicht da war, ließ ich durch ein mir unterstelltes uniformiertes Polizeiregiment ausheben.*

Als das Hauptquartier des SA-Führers ***Ernst*** *in Berlin ausgehoben wurde, fand man in den Kellern dieses Hauptquartiers mehr Maschinenpistolen als die gesamte preußische Schutzpolizei besaß.*

Nachdem vom Führer verfügt war, daß auf Grund der Ergebnisse, die man in Wiessee vorgefunden hatte, wer aus Staatsnotstand erschossen werden sollte, wurde der Befehl zur Exekution für ***Ernst, Heydebreck*** *und einige dieser nächsten Mitarbeiter* ***Röhms*** *gegeben.*

Es bestand kein Befehl, die anderen zu verhaftenden Leute zu erschießen. ...

Wir bedauerten diesen Vorfall (des Ehepaares ***v. Schleicher****) außerordentlich.*

In Laufe des Abends hörte ich, daß auch andere Leute erschossen worden seien. Auch solche, die mit diesem ***Röhm****-Putsch überhaupt nichts zu tun hatten. Der Führer kam am selben Abend nach Berlin. Nachdem ich das am Spätabend oder in der Nacht noch gehört hatte, ging ich den nächsten Mittag zum Führer und bat ihn, sofort einen Befehl zu erlassen, daß jede Exekution unter allen Umständen von ihm, dem Führer, verboten sei. ... Der Führer hat dann diese Anordnung in meiner Gegenwart getroffen; sie wurde allen Stellen sofort übermittelt."* [47]

Auf der Pressekonferenz am 1. Juli 1934 hatte **Göring** noch zusätzlich erwähnt, daß er auf Grund vieler amtlicher Meldungen, die nicht nur hohe SA-Führer betrafen, die ihm übertragene Vollmacht genutzt habe, seine "*Aufgaben zu erweitern*".[22) S. 207] Diese eigenmächtige Erweiterung der ihm befohlenen Aufgabe fand darin ihren Niederschlag, daß **Göring** in Zusammenarbeit mit **Himmler** und **Heydrich** Verhaftungs- und Exekutionsanweisungen verschiedenen Dienststellen übermittelt hat, deren Motive und Einzelheiten unbekannt geblieben sind. Diese Anweisungen wiederum haben andere zum Anlaß genommen, sie ihrerseits eigenmächtig "zu erweitern". War es Sorge um den Bestand des Reiches, überzogener "Diensteifer", Konkurrenzneid? Dem Reichskanzler war tatsächlich für 1 - 2 Tage die Kontrolle entglitten.

Der sehr kritische **Rudolf Diels** hat aus seiner Polizeipraxis zahlreiche solcher Beschwerden, auf die sich **Göring** in seinen Aussagen und Entscheidungen bezogen hat, konkret geschildert. Er hat selbst erlebt, daß sogar Reichsminister in ihrem Einfluß 1933/1934 begrenzt waren und sich nicht überall durchsetzen konnten.[21] Noch war der Revolutionsgeist der Weimarer Epoche, die auf Mord und Totschlag ausgerichtete Kampferfahrung mit dem politischen Gegner, vor allem den Kommunisten, nicht restlos

47) IMT, Bd. IX, S. 303 + S. 173.